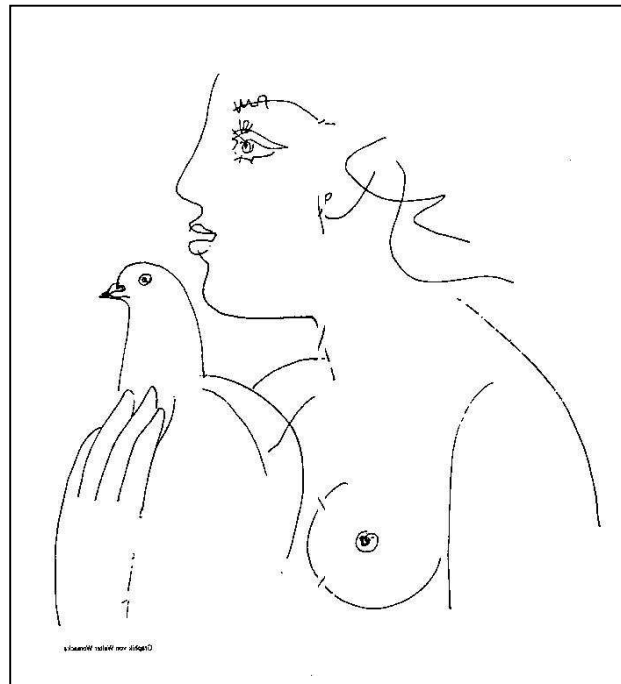


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 52



Zum Präsidentenwechsel in den USA 2008/2009

*Wie sich die katastrophale wirtschaftliche Hinterlassenschaft
von George W. Bush in den November-Wahlergebnissen 2008
niederschlug und welche neuen Herausforderungen
für den ersten schwarzen Präsidenten
Barack Obama entstanden sind*

von

Prof. Dr. Rolf Sieber

Redaktionsschluss:

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.

Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/

Unter dem Titel "Der Kampf um das höchste politische Amt in den USA 2008" erschienen im Heft 48 (Redaktionsschluss: 01. Oktober 2008) der Schriftenreihe "Europäisches Friedensforum epf. Deutsche Sektion. Zentraler Arbeitskreis Frieden der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V." meine Überlegungen zum US-Präsidentenwahljahr 2008/09 bis September 2008.

Das Heft 47 derselben Schriftenreihe widmete ich der Rezension des Buches der beiden US-Wissenschaftler Joseph Stiglitz und Linda Bilmes "Die wahren Kosten des Krieges. Wirtschaftliche und politische Folgen des Irak-Konflikts" (erste Auflage Mai 2008), in dem sie beweisen, dass der Irak-Krieg der USA nicht nur in militärischer Hinsicht sinnlos ist, sondern durch seine ökonomischen, sozialen und humanitären Auswirkungen und finanziellen Belastungen ein wahres Desaster für die USA herbeigeführt hat.

*In dem heute vorgelegten Beitrag "Zum **Präsidentenwechsel** in den USA 2008/2009" konzentriere ich mich auf Ereignisse im Präsidentenwahljahr der USA von Anfang Oktober 2008 bis zum 20. Januar 2009. In Auswertung vieler Quellen (siehe Seite 31) und meiner seit vielen Jahren gesammelten eigenen Erfahrungen möchte ich ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit zum Nachdenken über das US-Präsidentenwahljahr 2008/2009 anregen.*

Prof. Dr. Rolf Sieber.

Vorwort

Einen solch ereignisreichen und weltweit mit Spannung erwarteten Tag der Vereidigung und Amtseinführung von Präsident und Vizepräsident der USA wie den 20. Januar 2009 hat es in der US-amerikanischen Geschichte noch nie gegeben: Die feierliche Inauguration des zum 44. Präsidenten der USA gewählten Barack Obama und seines Vizepräsidenten Joe Biden wurde von der Bevölkerung der USA mit großer Begeisterung und Erwartung begleitet.

Für eine große Mehrheit der Menschen auf der Erde erwachte eine neue Hoffnung: Der Regierung Obama möge es gelingen, den vom Vorgänger Bush in der Politik hinterlassenen Scherbenhaufen in absehbarer Zeit zu beseitigen und die schwerste ökonomische Krise seit der Großen Depression in den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts durch einen Wirtschaftsaufschwung zu überwinden.

Mit Barack Obama hatte ein Präsident gesiegt, der auf den Glauben und das Vertrauen der Bürger in deren eigene Kräfte setzt. Mit der Befürwortung und Unterstützung der Losung "Yes, we can" erwarten Millionen Amerikaner - im Wahlkampf mobilisierte und politisch aktiviert – dass sich die Strategie eines grundlegenden Wandels in der Politik durchsetzt.

Noch am 18. Januar 2009, zwei Tage vor seinem Amtsantritt, schwor Barack Obama die Bürger seines Landes auf einen für die USA umfassenden Neuanfang ein: "Lasst uns alle unseren Teil beitragen, dieses Land zu erneuern. ... Lasst uns sicherstellen, dass diese Wahl nicht das Ende des Wandels in Amerika bedeutet", sondern den Beginn und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft".

Und einen Tag vor seiner Amtseinführung rief Präsident Obama, ganz der Tradition von Dr. Martin Luther King folgend, zur Einigkeit unter den Bürgern der USA auf. Wir werden "als ein Volk auf derselben Promenade zusammenkommen, auf der Dr. Kings Traum noch nachhallt". In den USA seien die Schicksale der einzelnen Bürger

"untrennbar miteinander verbunden. Lasst uns an Kings Lehre und an seine legendäre Rede 'I have a dream' vom 28. August 1963 erinnern, dass unsere getrennten Träume in Wirklichkeit einer sind".

Mit der Wiederholung der symbolträchtigen Zugfahrt von Präsident Lincoln im Jahre 1861 von Philadelphia, der Wiege der amerikanischen Demokratie, zu dessen Verteidigung in die Hauptstadt Washington, D.C., erinnerte Barack Obama an den Geist der Gründungsväter der USA: "Wir erkennen an, dass solche Herausforderungen nicht schnell gelöst werden." Es werde Rückschläge und Enttäuschungen geben. "Und wir werden aufgerufen sein, Geduld zu zeigen, auch wenn wir mit kämpferischer Dringlichkeit handeln." Einer Umfrage zufolge setzen die Amerikaner große Hoffnungen in Obama.

Seit diesen Ereignissen steht die Umsetzung von "Change" und "Hope" in die praktische Politik im Zentrum und auf dem Prüfstand der weiteren Geschichte der USA.

65 Prozent der Befragten erklärten, Obama werde ein überdurchschnittlicher Präsident sein. 28 Prozent von ihnen halten ihn sogar für herausragend. Auch in wirtschaftlichen Fragen trauen ihm die Menschen etwas zu: 71 Prozent sagten, die Konjunktur in den Vereinigten Staaten werde sich im ersten Jahr von Obamas Präsidentschaft wahrscheinlich verbessern.

Betrachtungen zum Präsidentenwahljahr 2008/2009

Erstmals in der Geschichte der USA überschritten nach Angaben des 'Center for Responsive Politics', einer Organisation zur Wahlkampfanalyse, im Oktober 2008 die registrierten Wahlspenden die Schwelle von einer Milliarde Dollar.

Die Kandidaten bei vergangenen Präsidentschaftswahlen sammelten:

- 1976 = 171 Millionen Dollar (Sieger Jimmy Carter)
- 1980 = 161,9 Millionen Dollar (Sieger Ronald Reagan)
- 1988 = 324,4 Millionen Dollar (Sieger George H. W. Bush)
- 1992 = 331,1 Million Dollar (Sieger Bill Clinton)
- 2000 = 528,9 Millionen Dollar (Sieger George W. Bush)
- 2004 = 880,5 Millionen Dollar (Sieger George W. Bush)

Ende September 2008 hatte der spätere Sieger Barack Obama bereits 961 Millionen Dollar zusammen. Damit war der mit Abstand teuerste Wahlkampf in der US-amerikanischen Geschichte, wie 2007 prognostiziert, Wirklichkeit geworden.

Das Center for Responsive Politics rechnete mit Gesamtkosten des Präsidentschaftswahlkampfes 2008 bis zu 2,4 Milliarden Dollar und unter Einbeziehung der Kosten für die beiden Kammern des US-Kongresses (Senat und Repräsentantenhaus) mit 5,3 Milliarden Dollar. In dieser Summe sind auch Spenden von Gewerkschaften und anderen Organisationen berücksichtigt. Als pikantes Detail der Dollar-Rekorde wurde ausgewiesen: Die republikanische Partei von Präsident Bush und Kandidat McCain stellte über 150 000 Dollar für die Vizepräsidentschaftskandidatin Sarah Palin bereit, ausschließlich für Kleidung, Friseur und Make-up.

Im Unterschied zu McCain, der die öffentliche Wahlkampffinanzierung in Höhe von 84,1 Millionen Dollar in Anspruch nahm, war Obama an diese Beschränkungen nicht gebunden. Nur ein Viertel der Spenden stammte bei ihm von Kleinspendern. Ansonsten genoss er die Mittel von Großspendern. Darunter befanden sich Spenden von der Bank Goldman Sachs in Höhe von 743.371 Dollar (McCain erhielt 220.045 Dol-

lar), von der City Group in Höhe von 499.598 Dollar (McCain erhielt 290.101 Dollar) und von verschiedenen Industriekonzernen in Höhe von 49 Millionen Dollar (McCain erhielt 35 Millionen Dollar).

Zu den Wahlergebnissen am 4. November 2008

Am 4. November 2008, dem Tag der allgemeinen Wahlen in ganz USA, wurden bei den verschiedenen Wahlen auf zentraler, bundesstaatlicher, regionaler und lokaler Ebene Wahlergebnisse erzielt, die meist mit der Hoffnung verbunden sind, dass in den kommenden zwei Jahren (nächste Zwischenwahlen) und vier Jahren (nächste Präsidentenwahlen) im Kampf gegen die verheerenden Folgen der Wirtschafts-, Finanz- und Immobilienkrise Erfolge zugunsten der Bevölkerung der USA erzielt werden können:

Erstens: Die Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten der USA erfolgte zunächst auf indirektem Wege durch die Bestimmung der 538 Wahlmänner, die in einem vorausgegangenen Auswahlprozess, variiert von Bundesstaat zu Bundesstaat, in der Regel auf einem Parteitag im jeweiligen Bundesstaat oder durch den Zentralausschuss (central committee) der Demokratischen Partei oder der Republikanischen Partei nominiert worden sind.

Am 15. Dezember 2008 haben die 538 Mitglieder des Wahlmännergremiums jeweils in den Hauptstädten der 50 Bundesstaaten und des District of Columbia den 44. Präsidenten und Vizepräsidenten der USA entsprechend der dafür gültigen Wahlgesetzgebung gewählt. Die Stimmzettel wurden in einem versiegelten Umschlag nach Washington, D.C., an den amtierenden Vorsitzenden des Senats geschickt, der sie dann Anfang Januar 2009 auf einer gemeinsamen Sitzung des Kongresses verlas und auszählte. Als gewählt galt der Kandidat mit der absoluten Stimmenmehrheit. Wenn dieser Fall nicht eintritt, sieht der 12. Zusatzartikel der Verfassung vor, dass die Wahl durch das Repräsentantenhaus entschieden wird. In diesem Fall wählt das Repräsentantenhaus den Präsidenten per Mehrheitsentscheid unter den drei Kandidaten aus, die die höchste Anzahl an Wahlmännerstimmen erhalten haben. Jeder Staat verfügt dann über eine Stimme. Wenn keiner der Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten die Mehrheit der Wahlmännerstimmen erhält, entscheidet der Senat per Mehrheitsentscheid über den Vizepräsidenten, wobei sich jeder Senator für einen der beiden Kandidaten mit der größten Anzahl an Wahlmännerstimmen entscheiden muss.

Am 07. Januar 2009 verkündete der amtierende Vizepräsident Dick Cheney in seiner gleichzeitigen Eigenschaft als Senatspräsident auf der ersten gemeinsam stattfindenden Tagung des Kongresses vor den Abgeordneten und Senatoren, dass bei den Abstimmungen der Wahlmänner und Wahlfrauen in den Hauptstädten der 50 Bundesstaaten und der Bundeshauptstadt Washington, D.C., am 15. Dezember 2008 insgesamt 365 Stimmen auf Barack Obama/Joe Biden und 173 Stimmen auf John McCain/Sarah Palin entfallen waren. Das war ein triumphaler Sieg für Obama/Biden.

Mit der Ernennung von Obama/Biden als Wahlsieger durch den Kongress endete der mehrstufige Prozess, den die Verfassung der USA für die Ratifizierung des Wahlergebnisses vom 4. November 2008 vorsieht. Die Vereidigung von Präsident und Vizepräsident vor dem Capitol in Washington, D.C., stellte dann den letzten Höhepunkt dar.

Zur Erinnerung:

Weitere 19 Bewerber für das Amt des Präsidenten der USA gingen ins Rennen, zwei als Unabhängige und die anderen als Repräsentanten sogenannter dritter Parteien

(sozialistischer, liberaler oder radikaler Parteien). Einige schafften es nur, auf die Wahllisten eines oder einiger weniger Bundesstaaten zu gelangen. Aber vier dieser sogenannten Drittkandidaten kamen in mehr als 30 bis zu 45 Bundesstaaten als Präsidentschaftskandidaten auf die Wahllisten. Alle zusammen hatten jedoch keine Chance, wirklich Präsident der USA zu werden. Dies verhinderten vor allem die in den einzelnen Bundesstaaten geltenden scharfen Wahlkampfvorschriften für Drittparteien und fehlende finanzielle Mittel, die für einen erfolgreich zu führenden Wahlkampf in den USA Voraussetzung sind.

Ralph Nader (74), der landesweit bekannte Verbraucherschutzanwalt und als Symbolfigur der Linksaktiven geltende Politiker, nahm nach Obama und McCain die dritte Stelle ein.

Andere Kandidaten konnten ihren Grad der Bekanntheit unter den Wählerinnen und Wählern verbessern: Brian Moore von der Sozialistischen Partei der USA, Cynthia McKinney von der Grünen Partei, Bob Carr von der Libertarian Party und Ron Paul als Unabhängiger und gegenwärtig zugleich bekannt als Mitglied der Republikanischen Partei und Abgeordneter im Repräsentantenhaus des US-Kongresses.

Zweitens: Am 4. November 2008 wurden für die beiden Kammern des Kongresses gewählt: Alle 435 Abgeordnete des Repräsentantenhauses für zwei Jahre; ein Drittel der rechtmäßig ausgeschiedenen Senatoren des 100 Mitglieder umfassenden Senats für sechs Jahre. In beiden Kammern haben die Demokraten Stimmen hinzugewonnen.

Die im Kongress erfolgten bedeutsamen Veränderungen in der Sitzverteilung zugunsten der Demokraten zeigen sich in den folgenden Ergebnissen im Vergleich 2006 und 2008:

Repräsentantenhaus: Von den 435 Sitzen insgesamt entfielen 2006 auf die Demokraten 233 Sitze und auf die Republikaner 202 Sitze. Und 2008: Auf die Demokraten nunmehr 257 Sitze und auf die Republikaner 178 Sitze.

Senat: Von den 100 Stimmen insgesamt entfielen 2006 auf die Demokraten 49 Sitze und auf die Republikaner 49 Sitze sowie 2 auf unabhängige Sitze. 2008 entfielen auf die Demokraten 59 Sitze (darin eingeschlossen 2 Unabhängige, die aber für die Demokraten stimmen) und auf die Republikaner nur noch 41 Sitze.

Drittens: Insgesamt wurden 19 Gouverneure von Bundesstaaten neu gewählt, so dass nunmehr ein Verhältnis zwischen beiden Parteien von 29 zu 21 zugunsten der Demokratischen Partei besteht.

Viertens: In 44 Bundesstaaten waren für deren Parlamente (House und Senate) insgesamt 5.824 Mandate durch Neuwahlen zu ersetzen. In 6 Bundesstaaten waren hinsichtlich der Parlamentssitze keine Wahlen notwendig.

Fünftens: In den Städten und Verwaltungsbezirken wurden Landtage gewählt. Wahlkämpfe fanden in über 3000 Kreisen der USA statt. Spezielle Wahlkämpfe wurden für die Besetzung der 15 000 Schulkommissionen und anderer Gremien sowie für die Wahl von Richter- und Sheriffposten ausgetragen.

Sechstens: Schließlich wurden in 36 Bundesstaaten insgesamt 153 Volksentscheide, Volksabstimmungen und Referenden zur Wahl gestellt.

Einige Beispiele dazu sollen zeigen, welche Bedeutung die Ergebnisse solcher Entscheidungen für das tägliche Leben der Menschen haben kann.

- In Florida und Arizona stimmten Wähler für einen Verfassungszusatz, der eine

- Ehe nur als Verbindung zwischen Mann und Frau definierte.
- Bis jetzt ist in zwei Bundesstaaten, - Massachusetts und Kalifornien - die Homo-Ehe der Ehe zwischen Mann und Frau vollkommen gleichgestellt. In Kalifornien wurde mit knapper Mehrheit für eine Verfassungsänderung gestimmt, die der gleichgeschlechtlichen Ehe die rechtlichen Grundlagen entzog.
- In Los Angeles zogen mehrere tausend Menschen vor das Rathaus und forderten, das Abstimmungsergebnis in Kalifornien nicht anzuerkennen.
- In San Diego, San Francisco, New York, Chicago, Boston, Denver, Portland und Seattle fanden Massendemonstrationen mit gleichem Inhalt statt.
- Im Bundesstaat Washington billigten die Wähler eine Initiative zur Legalisierung der Sterbehilfe. Die damit verbundene Regelung ist bundesweit heftig umstritten.
- In Massachusetts wurde die Drogenpolitik liberalisiert. Erwachsene, die bis zu 28 Gramm der Droge Marihuana besitzen, brauchen sich nicht mehr vor einer strafrechtlichen Verfolgung zu fürchten. In Zukunft gibt es dafür nur noch geringe Geldstrafen.
- In Michigan wurde die Verwendung von Marihuana für medizinische Zwecke gebilligt.
- Erfolglos blieb in San Francisco eine Initiative, die ein Klärwerk nach Präsident George W. Bush benennen wollte. 12 000 Unterzeichner sahen darin eine angemessene Erinnerung an den 43. Präsidenten der USA, aber 69 Prozent der abstimmenden Bürger votierten dagegen.

Die Wahlbeteiligung wurde durch die unabhängige 'Real Clear Politics' mit 66 Prozent ausgewiesen, ein Rekordergebnis für die letzten 100 Jahre.

Einige Wahlergebnisse sind von besonderer Bedeutung:

Das November-Wahlmänner-Abstimmungsergebnis von 365 zu 173 für Obama/Biden erweist sich in der Geschichte der Wahlen in den USA als historisches Rekordergebnis unter allen bisherigen für die Präsidenten-Vizepräsidenten-Wahl angetretenen Kandidaten.

Bei den Wahlen zu den beiden Kammern des Kongresses sicherten sich die Demokraten jeweils die Mehrheiten. Die Kandidaten der DP errangen Senatssitze neu in den Bundesstaaten Virginia, North Carolina, New Hampshire, Colorado, Delaware und New Mexiko. Verfehlt haben die Demokraten allerdings die magische Zahl 60 Senatssitze, mit der sie das sogenannte Filibustern durch die republikanischen Senatoren hätten verhindern können (Verzögerung bzw. Verhinderung einer Abstimmung durch Entfaltung eines Redemanövers - die jeweilige Minderheit besetzt symbolisch das Rednerpult und gibt es nicht wieder frei).

Im Repräsentantenhaus bauten die Demokraten ihre Mehrheit weiter bedeutend aus. Erstmals seit 1992 kontrollieren sie wieder das Weiße Haus und beide Kammern des Kongresses. Im kommenden Regierungsalltag bilden Präsident, Senat und Repräsentantenhaus das sogenannte Machtdreieck.

Die Staatsorgane: Weißes Haus, Administration und Kongress sind durch ein Geflecht gegenseitiger Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten miteinander verbunden. Es gilt: Der Präsident kann nur dann effektiv regieren, wenn er den Kongress hinter sich hat.

Zur katastrophalen wirtschaftlichen Hinterlassenschaft von Präsident George W. Bush

Unter den Wahlanalitikern in den USA herrscht über die Bewertung der 8-jährigen politischen Herrschaft von Präsident George W. Bush und dessen Vize Dick Cheney, der als einer der führenden neokonservativen Politiker großen Einfluss auf die gesamte Politik der Bush-Administration ausübte, eine düstere Stimmung vor.

Die meisten prangern den zu übergebenden wirtschaftlichen Trümmerhaufen an. Die einst wohlhabendste Nation der Welt ringt seit Anfang 2008 mit enormen Jobverlusten in beständiger Folge. Die US-Wirtschaft hat im Jahr 2008 mehr als 2,4 Millionen Arbeitsplätze eingebüßt. Das sind mehr als in jedem anderen Jahr seit dem zweiten Weltkrieg. Die Arbeitslosenquote betrug Ende November 2008 satte 6,7 Prozent. Nach Recherchen der Washington Post kann die Arbeitslosenquote in den USA bis Ende 2009 auf 10 Prozent steigen.

Medienangaben zufolge ist neben der offiziellen Arbeitslosenzahl auch die inoffizielle Arbeitslosenquote erheblich gestiegen. Hier handelt es sich um den Anteil derjenigen Amerikaner, die es aufgegeben haben, nach einem Job zu suchen, und solcher, die Teilzeit arbeiten, aber lieber einen Vollzeitjob hätten. Im November 2008 betrug diese Quote 12,5 Prozent. Dies bedeutet: Neben 10 Millionen Arbeitslosen haben weitere neun Millionen keine Arbeit oder können nicht so arbeiten, wie sie gern wollten.

Die wirtschaftliche Gesamtlage zeigte sich am Ende der Amtszeit von Bush so schlimm wie seit der Zeit der Großen Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre nicht mehr. Mehrere Wirtschaftskatastrophen bedrohen gleichzeitig das gesamte Land, nämlich die Wirtschafts-, Finanz- und Immobilienkrise, der langsam vor sich gehende Ruin der Automobilwirtschaft und die Korrektur des Leistungsbilanzdefizits – sprich: die Tatsache, dass die USA über lange Zeit gleichzeitig Güter und Schulden importiert haben. Viele US-Unternehmen, vor allem in der Industrie, sind kaum noch konkurrenzfähig. Die Investitionen in Forschung und Entwicklung sinken seit Jahren. Straßen- und Schienennetz sind marode. Die US-Bürokratie ist entgegen landläufiger Annahmen höchst ineffizient. Schätzungen zufolge müssten im Jahre 2009 Rettungs- und Konjunkturpakete für die USA eigentlich in einem Umfang von 2 000 Milliarden Dollar zur Verfügung stehen. Damit würde die Staatsverschuldung noch einmal um knapp die Hälfte in die Höhe schnellen. Das käme einer deutlichen Zunahme an Belastungen für kommende Generationen gleich.

Seit dem Amtsantritt von Präsident Franklin D. Roosevelt im Jahre 1932 hat kein Präsident der USA einen solch gewaltigen ökonomischen Trümmer- und Scherbenhaufen als Erbe übernehmen müssen wie 2008/2009 der gewählte erste schwarze Präsident Barack Obama.

In der Zeitschrift 'Stern' Nr. 44 vom 23. Oktober 2008 war auf Seite 50 eine Bilanz zu finden, aus der hervorgeht, wie George W. Bush in nur acht Jahren das mächtigste Land der Welt kaputt regiert hat. Chefredakteur Andreas Petzold vom 'Stern' bemerkt, dass dem nächsten Präsidenten der USA spätestens am 20. Januar 2009 nach Vereidigung und Amtseinführung am Schreibtisch im Oval Office klar werden wird, dass dies nicht mehr das Arbeitszimmer des mächtigsten Mannes der Welt ist; "sondern die Amtsstube eines Insolvenzverwalters! Sein Vorgänger George W. Bush hat die Marke Amerika an den Rand des Bankrotts geführt, ökonomisch, moralisch und politisch. ...Es wird viele Jahre dauern, um die Hinterlassenschaft des Texaners beiseite zu räumen. Man muss es sich vielleicht so vorstellen, als hätte ein Verrückter das wertvolle Porträtgemälde von George Washington mit einem Säureattentat

fast unwiederbringlich zerstört. Und nun beginnt eine mühselige Restaurationsphase, denn die Schäden sind gewaltig".

Die Bush-Bilanz

	Bei Amtsantritt	Heute
Staatsschulden	5,7 Bill. Dollar	10,3 Bill. Dollar
Arbeitslose (Quote)	6 Mio. (4,2 %)	9,5 Mio. (6,1 %)
Handelsbilanzdefizit	436 Mrd. Dollar	794 Mrd. Dollar
Pro-Kopf-Einkommen	21 587 Dollar	26 352 Dollar (2006)
Hausbesitzer	67,5 %	68,1 %
Millionäre	6 Mio.	9,3 Mio. (2006)
Arme Menschen	31,6 Mio. (11,3 %)	37,3 Mio. (12,5 %)
Menschen ohne Krankenversicherung	38,4 Mio.	47 Mio.
Gefängnisinsassen	1,9 Mio.	2,3 Mio.
Verteidigungshaushalt	333 Mrd. Dollar	613 Mrd. Dollar
Tote Soldaten in Irak und Afghanistan		4775
Kriegskosten gesamt		rund 2 Bill. Dollar

Quelle: STERN 44/2008 S. 50

Zur Erklärung der Bilanz schrieben Katja Gloger/Jan Christoph Wiechmann in ihrem Stern-Artikel "Unehrenhaft entlassen": "Zu Beginn seiner Amtszeit hatte George W. Bush vollmundig angekündigt: 'Ich bin Baseballfan. Ich will Ergebnisse.' Die hat er nun, und sie sind verheerend. Laut einer Umfrage unter 109 Historikern bewerten 98,20 Prozent seine Präsidentschaft als Versagen, 61 Prozent sehen in ihm gar den schlimmsten Präsidenten aller Zeiten. Seine Popularität hat historische Tiefstände erreicht, nur Einer von zehn Amerikanern glaubt heute, das Land entwickelt sich in die richtige Richtung. Im Ausland sehen selbst seine Nachbarn in Mexiko und Kanada in ihm eine Gefahr für den Weltfrieden. 'Bisher sieht seine Bilanz vernichtend aus', sagt der Historiker Brinkley. 'Bush ist ein Spieler, er hat alles auf Irak gesetzt. Sollten im Nahen Osten in 50 Jahren als Folge des Irak-Krieges Demokratien blühen, wird man anders über ihn reden. So oder so, Bushs Präsidentschaft hat fundamentale Folgen."

"Am schlimmsten", so die o. g. Autoren, "wiegt der Vertrauensverlust Amerikas in der Welt. Dass ein US-Präsident die Welt belog, mochte so ungewöhnlich nicht sein. Dass er es tat, um einen Krieg vom Zaun zu brechen, kostete sein Land die Unterstützung seiner Verbündeten. An internationale Verträge, an den Internationalen Gerichtshof, an die Genfer Konvention hielt er sich schon gar nicht. Laut einer Umfrage des Forschungsinstituts PEW stieg die Ablehnung Amerikas in der Welt von durchschnittlich 30 Prozent im Jahr 2001 auf aktuelle 58 Prozent. Bedenklicher noch sind die Zahlen zum wirtschaftlichen Einfluss der USA. 72 Prozent der Deutschen halten ihn für negativ, 70 Prozent der Franzosen und selbst 63 Prozent der Japaner. Er hinterlässt zwei Kriege und ein hochverschuldetes, abgewirtschaftetes Land, das noch einmal von vorn anfangen muss." (Zitiert nach 'Stern', Nr. 44, S. 46 und 48)

Die katastrophale ökonomische Hinterlassenschaft der Bush-Administration offenbart sich vor allem in folgenden zwei Erscheinungsformen:

Erstens: In einer Wirtschaftskrise, die in den USA als erstem Land in der Welt als eine verheerende Finanz- und Immobilienkrise ausbrach und weiter anhalten wird mit allen bekannten negativen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft.

Zweitens: In einer während der acht Jahre Bush-Administration beständig vor sich gegangenen Erhöhung der Gesamtschuldensumme der USA, angefangen mit 5 660 Milliarden Dollar im Jahre 2000, abgeschlossen mit 9 795 Milliarden Dollar im Jahre 2008. Dies bedeutet eine Gesamtsteigerung der Schuldensumme um 70 Prozent. Durch die aktuellen Rettungsaktionen und Konjunkturprogramme werden die Belastungen vor allem für kommende Generationen weiter bedeutsam zunehmen.

Von all den vielfältig existierenden Formen an Schulden sind besonders hervorzuheben:

- Schulden im Zusammenhang mit den Haushaltsdefiziten der USA: Betrug das Haushaltdefizit der USA für 2007 noch 445 Milliarden Dollar, so übergab Präsident George W. Bush nach Schätzungen ein Rekordhaushaltdefizit für 2009 in Höhe von 1,2 Billionen Dollar an Präsident Barack Obama. Es sei daran erinnert, dass George W. Bush im Jahre 2000 seine Präsidentschaft mit einem Haushaltplus von 236,4 Milliarden Dollar als Erbschaft von Präsident Bill Clinton antrat. Für 2010 wird ein Haushaltdefizit der USA von 703 Milliarden Dollar prognostiziert, das allerdings durch das von Präsident Obama eingeleitete Konjunkturprogramm durchaus noch ansteigen kann. Aus Sorge über das rasant gestiegene Haushaltdefizit der USA hat Barack Obama sogleich eine "Etat-Polizistin" ernannt. Es ist die Managerin der Unternehmensberatung McKinsey und Ex-Vizefinanzministerin Nancy Killefer, die auf dem neuen Posten einer Haushalt-Wächterin für strikte Ausgabendisziplin sorgen soll.
- Schulden der US-amerikanischen Privathaushalte: Diese betragen im Jahre 2008 insgesamt 13,85 Billionen Dollar. Davon sind 73 Prozent Verbindlichkeiten, entstanden durch Hypotheken, Kreditkartenschulden, Autokredite und andere Konsumentenkredite;
- Schulden im Zusammenhang mit der Kriegführung im Irak und in Afghanistan: Diese wuchsen zwischen 2003 und 2008 auf 3 Billionen Dollar an. Im Jahre 2008 waren das pro Monat 16 Milliarden Dollar, die dem Jahresbudget der Vereinten Nationen entsprechen.
- Schließlich verweisen wir auf Milliarden-Schulden, entstanden durch Defizite im Außenhandel der USA: Im Jahre 2007 standen den Importen in Höhe von 2 017 Milliarden Dollar Exportleistungen von nur 1 167 Milliarden Dollar gegenüber.

Ausführlicher zur Krisenproblematik

Sowohl dem Ausbruch als auch der ungeheuren Breite und Tiefe der Wirtschafts-, Finanz- und Immobilienkrise in den USA liegen jeweils mehrere Ursachen zugrunde. Zu den wichtigsten gehören:

Unter dem Einfluss der Doktrin des Neoliberalismus hat die Bush-Administration systematisch die aktive staatliche Einflussnahme auf den gesamten Regulierungs- und Finanzmechanismus der Volkswirtschaft abgebaut. Teils unterstützte sie sogar den Mythos, als ob allein eine freie Marktwirtschaft dazu verhelfen könne, ein Gesamtfunktionieren der Wirtschaft zu ermöglichen. Dieser Mythos und die Philosophie der Deregulierung sind nunmehr tot. Die Welt steht vor der akuten Finanzkrise vor einem Scheideweg: Die Politik der Liberalisierung ist endgültig diskreditiert. Jetzt muss der Staat scharf regulieren, damit nicht Finanzakteure die Welt ins ökonomische Chaos stürzen können. Die große Abrechnung mit den 'Marktfundamentalisten' ist gekommen.

Viele Banken haben ihre eigentlichen Funktionen nicht erfüllt, nämlich Kapital zu sammeln, es richtig zu verteilen und dabei auftretende Risiken zu minimieren und schließlich überwinden zu helfen. Mehr als die Hälfte aller in den USA existierenden Banken stehen vor schwierigen Entscheidungen, oft sogar die weitere Existenz betreffend.

Bereits im Jahr 2007 gingen in den USA drei Banken Bankrott. Am Ende des Jahres 2008 waren 25 Banken zusammengebrochen und die Talfahrt im Bankensystem war noch nicht zu Ende.

Eine nicht geringe Schuld an der Finanzkrise tragen die Börsen. Sie haben durch Talfahrten des Dow Jones Index sowie durch z. T. starke Tageskurskorrekturen wirtschaftliche und finanzielle Verluste herbeigeführt. Die sogenannte Wackelbörse sorgte rund um den Globus für sich rasch ausbreitende Unsicherheiten.

Im Auftrag des damals noch amtierenden Präsidenten Bush und in voller Übereinstimmung mit den Führungen der beiden großbürgerlichen Parteien hat bereits im November 2008 der US-Finanzminister Henry Paulsen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise staatlicherseits aufgelegt: Ein 700 Milliarden-Dollar-Paket sowie einen Steuernachlass für Banken in einer Höhe von 140 Milliarden Dollar. Zudem hat die Regierung 3,8 Billionen Dollar an Garantien zugesagt und will bis zu 3,8 Billionen Dollar in den Kauf von kurzfristigen Papieren stecken, um die Liquidität der Finanzmärkte zu sichern.

Die nationale Immobilienkrise im gesamten Land hat gewaltige Verluste für Groß- und Kleinanleger, darunter zahlreiche Rentner, nach sich gezogen. 7,5 Millionen Immobilien wurden 'ins Wasser gesetzt', d. h. der Wert der Hypothek überstieg den Wert der Häuser beziehungsweise der Wohnungen. Die Anzahl der Zwangsversteigerungen erreichen bisher unbekannt hohe Höhen. Unter den Hausbesitzern herrscht große Existenzangst.

Gleichlaufend mit der Finanzkrise breitete sich in der Wirtschaft der USA schon 2008 immer mehr eine Rezession aus. Sie führte in der Autobranche als Schlüsselindustriestrom dazu, dass die drei großen Konzerne General Motors, Daimler-Chrysler und Ford nach Millionen finanzieller Verluste auf dem Weltmarkt Milliarden Dollar staatliche Entwicklungshilfe beantragen mussten. Im Dezember 2008 wurden von der Regierung kurzfristige Überbrückungskredite in Höhe von 17,4 Milliarden Dollar (rund 12 Milliarden Euro für die Autoindustrie zugesagt). Damit sollen die vor der Zahlungsunfähigkeit stehenden Konzerne General Motors (GM) und Daimler-Chrysler Zeit für rasche Sanierungsschritte bekommen. GM bekommt einen Nothilfekredit über 9,4 Milliarden Dollar, Daimler-Chrysler über 4 Milliarden Dollar. Der dritte große Autobauer Ford kann das Jahr 2009 nach eigenen Angaben ohne Hilfe überleben. Die Regierung stellte die finanziellen Mittel aus dem 700-Milliarden-Dollar-Rettungspaket für die Finanzbranche zur Verfügung. Im Gegenzug erhält die Regierung jetzt stimmrechtlose Aktien.

US-Präsident Barack Obama rief die Autofirmen dazu auf, "diese Chance zur Reform schlechter Management-Praktiken" nicht zu verspielen und die langfristige Neustrukturierung einzuleiten, die erforderlich sei um die Industrie zu retten.

Als Auflagen wurden erteilt:

- Die Firmen müssen die Umweltfreundlichkeit ihrer Autoflotte verbessern und auch die Managerbezüge kappen.
- Die Konzernlenker dürfen künftig auch keine Firmenjets mehr nutzen.

- Zu den Bedingungen gehört ebenso, dass die Unternehmen ihre Kosten senken und die Wettbewerbsfähigkeit stärken müssen, aber auch Arbeitnehmer und die Gewerkschaften müssen zu Einschnitten bei Sozialleistungen bereit sein.
- Die Konzerne müssen ihre Bücher für Prüfungen durch die Regierung öffnen. Die kann Transaktionen von 100 Millionen Dollar und mehr stoppen.
- Die Firmen müssen Auflagen zum Spritsparen und zum Schadstoffausstoß befolgen.

Falls sich die betroffenen Autohersteller trotz der staatlichen Hilfen bis Ende März 2009 als nicht überlebensfähig erweisen sollten, behält sich die US-Regierung vor, die gezahlten Gelder wieder zurückzuverlangen.

Die Rezessionserscheinungen dehnen sich entsprechend der für die USA typischen Struktur der Wirtschaft (anteilmäßig 22 Prozent Industrie, 0,9 Prozent Landwirtschaft und reichlich 77 Prozent Dienstleistungen) auf den Gebieten Beschäftigung; Arbeitsmarkt, Produktionsergebnis, Effektivität der vorgenommenen Investitionen, Arbeitsproduktivität, Konsumbefriedigung sowie Absatzergebnisse auf den Binnen- und Außenmärkten aus.

Der in Börsenkreisen der USA bekannte Experte Keppler fasste die Meinung vieler seiner Kollegen über die künftige Rolle der US-Börsen gegenüber dem Rest der Welt folgendermaßen zusammen: "Wunder erwartet niemand. Die USA werden die kommenden Jahre nicht wieder die Konjunkturlokomotive für den Rest der Welt sein können, aber dazu gibt es heute andere Mitspieler." Da sind gemeint: Aus dem Fernen Osten die aufstrebenden Länder China und Indien zusammen mit Japan sowie im Nahen Osten einige erfolgreiche Schwellenländer.

Angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftskrise als einer der schwersten in der Weltgeschichte trafen sich am 15. November 2008 führende Repräsentanten der 20 größten Industrie- und Schwellenländer der Welt (Argentinien, Australien, Brasilien, China, Deutschland, EU, Frankreich, Großbritannien, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Kanada, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika, Südkorea, Türkei, USA) und Vertreter von 5 internationalen Organisationen zu einem ersten Weltfinanzgipfeltreffen in Washington, D. C.

Unverbindlich wird in einer fünfseitigen Abschlusserklärung versprochen, "eine Grundlage für Reformen zu schaffen, die bewirkt, dass eine globale Krise wie die jetzige sich nicht wiederholen kann". Dafür müssten die Finanzmärkte transparenter, die Aufsicht besser und die Zusammenarbeit zwischen den globalen Akteuren vertieft und erweitert werden.

Begleitet wurde die Abschlusserklärung durch konkrete Absichtserklärungen einiger Staatschefs in den Richtungen:

- Regulierung der hochkomplizierten Finanzinstrumente, die auch für die Immobilienkrise mitverantwortlich gemacht werden,
- Vereinheitlichung von Buchhaltungsgrundsätzen im internationalen Bereich,
- Kontrolle der Rating-Agenturen an den Börsenplätzen der Welt,
- Begrenzung von Managergehältern und Gründung neuer Gremien, die es erlauben sollen, Fehlentwicklungen früher zu erkennen.

Die Gipfelteilnehmer einigten sich auf einen unverbindlichen Sechs-Punkte-Plan, gerichtet auf die Stabilisierung des Finanzsystems durch weitere 'energische Anstrengungen' bei der Umsetzung und Erweiterung der bereits eingeleiteten Maßnahmen. In der Währungspolitik werden Maßnahmen zur Stützung der Zentralbanken empfohlen, sofern sie den nationalen Umständen angemessen erscheinen. Empfohlen werden auch finanzpolitische Schritte zur Ankurbelung der Konjunktur, um die Binnen- nachfrage zu stimulieren. Finanzhilfen für Schwellen- und Entwicklungsländer beim

Zugang zu Krediten durch den internationalen Währungsfonds zu gewähren. Die Entwicklungshilfe durch die Weltbank und andere Entwicklungsbanken sollten voll ausgeschöpft werden, schließlich sollen den internationalen Finanzinstitutionen ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden, um bei der Bewältigung der Weltwirtschaftskrise die ihnen zugewiesene Rolle erfolgreich spielen zu können.

Folgende vier Arbeitsgruppen wurden eingerichtet, die bis Ende März 2009 ihre Arbeitsergebnisse in Beschlussform einreichen sollten: Reform des Internationalen Währungsfonds (IWF), Umbau der Weltbank, Ausgestaltung der neuen Bankenregeln, internationale Zusammenarbeit bei der Finanzregulierung. Es sollte die Grundlage für das zweite Finanzgipfeltreffen, das am 2. April 2009 in London stattfand, erarbeitet werden.

Dieses zweite Finanzgipfeltreffen bedarf einer gesonderten Einschätzung.

Auf eine wichtige Tendenz der Entwicklung hat Nobelpreisträger Joseph E. Stiglitz aufmerksam gemacht, als er in einem Interview der Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung auf die Frage nach den langfristigen Effekten der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise antwortete: "Insgesamt wird die Bedeutung der asiatischen Wirtschaft weiter zunehmen. Amerika hat seine Ökonomie nicht gut gemanagt. Asien wächst dagegen rasant. Es gibt einen Wandel, eine Verlagerung der Wirtschaftsmacht. Amerika ist immer noch eine starke Macht, die nicht über Nacht verdrängt werden kann, aber es gibt bereits ein Signal hin zu einer Weltwirtschaft mit mehreren starken Ländern."

Die am Ende des Jahres 2009 vorgenommenen düsteren Prognosen und außerordentlich kritischen Bewertungen des maroden Gesamtzustandes der Wirtschaft in den USA stimmten absolut überein mit der vom damals noch designierten Vizepräsidenten Joe Biden in einem Interview gegenüber dem US-Sender ABC geäußerten Gefahr, dass die US-Wirtschaft "total abstürzt". Sie sei in einem weitaus schlechteren Zustand als zunächst gedacht. Der Vize des designierten Präsidenten Barack Obama erachtete ein zweites "kühnes" Konjunkturprogramm in einer Größenordnung von 600 bis 800 Milliarden Dollar für nötig, um die Wirtschaft aus der Krise zu bringen. Er habe diese Frage eines zweiten großen Konjunkturprogramms mit republikanischen und demokratischen Mitgliedern des Kongresses erörtert und dabei volle Übereinstimmung und Unterstützung festgestellt. Das war am Ende des Jahres 2008

Die gesamte Welt erwartet von den USA als einem Epizentrum der Krise vor allem vom Staat ausgehende vielseitige Initiativen in Richtung wirtschaftlicher Erholung. Den neuen Präsidenten werden sie daran messen, wie er die mit der Krise verbundenen Herausforderungen annehmen wird und durch die Sanierung der Wirtschaft in den USA zugleich der gesamten Weltwirtschaft einen Schub in Richtung Wirtschaftswachstum ermöglicht.

Der Aufbau der Machtorgane der USA durch die neue Präsidentschaft.

Ab dem 4. November 2008 begannen Obama und Biden den Neuaufbau der obersten Machtorgane der USA zur Sicherung ihrer Position und damit die der großbürgerlichen Demokratischen Partei zu organisieren.

Zum einen ging es um die zügige Neubesetzung aller Führungspositionen, angefangen vom Hauptabteilungsleiter bis zur obersten Spitze im Weißen Haus sowie in allen Bestandteilen der US-Administration. Diese Art grundlegenden Personenwechsels geschieht immer dann, wenn durch das Wahlergebnis Präsidenten-

und Parteienwechsel gleichzeitig erfolgen. In den ersten Monaten müssen Zehntausende 'Bushisten' ihre Positionen aufgeben, mehr als 2.000 allein im Weißen Haus.

Zum anderen ließen sie durch qualifizierte Arbeiterteams inhaltliche Optionen für die Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik der USA erarbeiten. Die der Demokratischen Partei gehörenden 'Denkfabriken' (Think Tanks) und vor allem das Brookings Institut in Washington, D.C., liefern auf der Grundlage umfangreicher Forschungsarbeiten Analysen kurz- und langfristigen Charakters und bieten Aus- bzw. Weiterbildungsmöglichkeiten an.

2003 gründete John Podesta, einer der Leiter des Obama-Übergangsteams und ehemaliger Stabschef von Bill Clinton, die linksliberale Denkfabrik CAP (Center For American Progress). Am 13. November 2008 veröffentlichten die Mitarbeiter von CAP eine mehrere Hundert Seiten umfassende Studie "Blaupause für ein progressives Amerika". Nachdem sie die in der Geschichte der USA vorgekommenen Übergänge der Regierung zwischen den Präsidenten analysiert hatten, versuchten sie folgende vier Regeln als Schlussfolgerung für den Übergang der Regierung an Obama/Bush zu begründen:

1. Sichere eine frühzeitige und exakte Vorbereitung der Übergabe.
2. Der Wähler muss den Präsidentenwechsel mit raschen und guten Erfolgen für sich erkennen können.
3. Nutze den krisenhaften Zustand des Landes für die Umsetzung des versprochenen Wandels, denn die großen Herausforderungen werden vor allem dann sichtbar, wenn durch Obama Weichen für die Zukunft gestellt werden:
 - Steuererleichterungen von durchschnittlich 1.000 Dollar im Jahr für eine Mittelklassefamilie,
 - zinsgünstige Studienkredite, ein soziales Pflichtjahr für alle, obligatorische Vorschule,
 - Milliardeninvestitionen in das marode Schienen- und Straßennetz, in Sonnenenergie und Biodiesel, in umweltschonendere Kohlekraftwerke und häusliche Energiesparmaßnahmen, in die Reparatur von Schulgebäuden und bessere Bezahlung der Lehrer.

Das geht nur auf dem Gesetzeswege, also mit der Unterstützung von Demokraten und Republikanern im Kongress. Schon bald, noch vor dem 20. Januar 2009, könnte das akut werden. Die Zeit drängt, denn die Arbeitslosenzahl steigt, die Kaufkraft sinkt, die notleidenden Autokonzerne stehen vor der Pleite; denen muss rasch geholfen werden. Die Bush-Administration war relativ untätig, da sie sowie ihr Hinterland nicht viel von staatlicher Lenkung und Regulierung hielten.

4. Einige wenige, aber dafür entscheidende Posten im Regierungsapparat müssen schnellstens neu besetzt werden. Obama sollte immer daran denken, dass es letzten Endes auf ihn ankommt, insbesondere auf die Umsetzung seines Verantwortungsbewusstseins.

Für die Neubesetzung der Führungspositionen konnten sich Unterstützer des Wahlkampfes der Demokratischen Partei bewerben. Das trifft auch auf Botschafter-Posten zu.

In diesem Zusammenhang ist es nützlich einen Blick zurück auf eine wichtige Aufgabe des Wahlkampfteams von Obama zu werfen.

Es ging **einerseits** um das Sammeln von Sponsorengeldern.

Mit viel Geschick und großer Sorgfalt warben und betreuten sie über 1,5 Millionen Kleinspender und weitere über 30.000 Personen, die die Spendenhöchstgrenze von

über 2.300 Dollar ausschöpften. Darunter befand sich auch eine sogenannte Eliteclique von mehr als 300 sogenannten 'Bundlers', d. h. Großspender, die je mindestens 50.000 Dollar "gebündelt" an Obama weitergereicht haben: Anwälte, Musikproduzenten, Silicon-Valley-Unternehmer, Immobilienmanager, Investmentbanker, Finanzhaie. In der Top-Liste befanden sich: Investmentbank Goldman Sachs, Großbank UBS, JP Morgan Chase, Citygroup, Lehman Brothers und Google. Ende Oktober 2008 wurde das Gesamtsammlerergebnis mit 685 Millionen Dollar verkündet. Dieses Superergebnis ermöglichte es Barack Obama, den Wahlkampf allein mit Hilfe privater Spendengelder zu führen. Obama war damit seit 1974 der einzige Präsidentschaftskandidat, der auf öffentliche Wahlgelder verzichtete. Diese Entscheidung war strategischer Natur, gerichtet auf die Schwächung der finanziellen Lage seines Rivalen, John McCain.

Andererseits konnte das während der 20 Monate Wahlkampf tätige tausendköpfige Wahlkampfteam Obamas viele praktische politische Erfahrungen sowohl in der Hauptstadt Washington, D.C., als auch in den Außenbüros in allen 50 Bundesstaaten der USA sammeln. Die 300 hauptamtlichen Mitarbeiter auf den Gebieten der Außen- und Sicherheitspolitik hatten sich in eine Art Miniausgabe eines State Departments für die künftige außenpolitische Wirksamkeit vorbereiten können.

Barack Obama und Joe Biden suchten persönliche Beziehungen zu früheren Präsidenten, Vizepräsidenten, Sicherheitsberatern und Außenministern aufzubauen bzw. weiter zu entwickeln. Sie bemühten sich, aufmerksam zuzuhören, und sie erhielten operative Ratschläge sowie Zusagen für künftige freundschaftliche Zusammenarbeit bei der Lösung komplizierter nationaler und internationaler Aufgaben.

Offensichtlich streben Obama und Biden danach, mit ihren Partnern einen individuellen Erfahrungsaustausch über Probleme bei der Bewältigung krisenhafter Zeiten und Situationen zu führen, vor allem über Förderung und Durchsetzung ganzer politischer Regierungsprogramme und Projekte mit großer Ausstrahlung und Erfolgchancen (Zeitpunkte dafür, Organisierung überparteilicher Zusammenarbeit und internationaler Aktionen, Einbeziehung nichtstaatlicher Organisationen usw.). Auch über mögliche Fehlentscheidungen und deren Fehlerquellen wollten sie einen Gedankenaustausch führen. Solche Themen wie Budgetausgleiche, Krankenkassenreform, Umgang mit Homosexuellen beim Militär, mit dem nordamerikanischen Freihandelsabkommen, Maßnahmen zur Bewältigung der Finanzkrise, der jetzt erste Priorität gehört, welchen ausländischen Partnern sollte besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden, usw. usf.

Nach ihren öffentlichen Bekundungen befürworteten beide auf den Gebieten der Außen- und Sicherheitspolitik wohldurchdachte und abgewogene Urteile und Handlungen, lehnten Abenteuerentscheidungen sowie spontane, emotional geprägte politische Reaktionen ab.

Diese Gemeinsamkeit könnte bei der Nominierung von Joe Biden, einem erfahrenen Außenpolitiker, als Vizepräsident ausschlaggebend gewesen sein. Insider meinen, Obama habe seinen ursprünglichen Wunsch, den Vizeposten mit einem relativ jungen Parteiaktivisten zu besetzen, um den Generationswechsel zu demonstrieren, mit der Überzeugung fallengelassen, dass er mit Joe Biden den richtigen Mitstreiter gewonnen hätte.

Der heute 66-jährige Joseph R. Biden stammt aus bescheidenen Verhältnissen. Er wurde vor 36 Jahren zum US-Senator für den Bundesstaat Delaware gewählt. Inzwischen ist er sechs Mal als US-Senator für Delaware wieder gewählt worden. Bei der siebten Wahl landete Biden als Vizepräsident, so dass der Gouverneur von Delaware nunmehr einen Ersatz-Senator vorschlagen musste.

Joe Biden hatte sich im Senat auf außenpolitische Positionen konzentriert, Vor allem als Mitglied und Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses im Senat erwarb er sich Respekt und hohe Anerkennung in USA und in der Welt. Für Obama bot er sich damit als Vizepräsident direkt an.

Seinen Auftritt als Leiter der US-Delegation zur 45. Internationalen Sicherheitskonferenz in München und als ranghöchster Redner zu den "Grundzügen der Sicherheits- und Außenpolitik der neuen US- Regierung unter Präsident Obama" benutzten einflussreiche Journalisten dazu, Joe Biden in zweifacher Hinsicht zu charakterisieren, nämlich in seiner Joker-Rolle für Barack Obama im gesamten Wahlkampf des Präsidentenwahljahres 2008/2009 und für seinen erfolgreichen persönlichen Einsatz zur Umsetzung der Strategie des Wandels in der Politik der neuen US-Regierung. Auf der Konferenz sprach er sich für die Entfaltung fruchtbarer Kooperationsbeziehungen in den internationalen Beziehungen aus und dafür; voneinander zu lernen, gemeinsam zu analysieren und danach gemeinsam eine praktikable Politik umzusetzen. In diese „fruchtbaren Kooperationsbeziehungen“ waren allerdings auch Forderungen an die Bündnispartner eingekleidet, im Falle des Versagens anderer Mittel zu größeren militärischen Anstrengungen bereit zu sein.

Innenpolitisch – und das ist nicht ohne Bedeutung – nimmt Biden als Vorsitzender der ersten "Sondereinsatzkommission Mittelschicht" und bei der Wahrnehmung bestimmter Personalaufgaben eine wichtige Stellung ein.

Inwieweit beide – Obama und Biden - den ihren öffentlichen Bekundungen in der praktischen Politik folgen, wird die Entwicklung zeigen. Die heutigen Erkenntnisse sind widersprüchlich. Die Welt ist einerseits mit der von Obama veranlassten Aufstockung der USA-Truppen in Afghanistan und andererseits mit seinen vagen Visionen über eine Welt ohne Atomwaffen konfrontiert.

Gewiss können Kooperations- und Gesprächsbereitschaft in der Außen- und Sicherheitspolitik positive Entwicklungen befördern, sofern sie nicht nur dem durch die Bush-Politik, durch Finanz- und Wirtschaftskrise schwindenden Ansehen der USA in der Welt geschuldet sind.

Bildung des Kabinetts von Obama und Besetzung von Führungsposten im Weißen Haus

Noch vor ihrer Amtseinführung gaben der künftige Präsident der USA, Barack Obama, und sein Vize, Joe Biden, am 20. Dezember 2008 bekannt, dass sie nach umfangreichen Konsultationen mit ihren Beratern und mit großer und verantwortungsvoller Sorgfalt die Liste der zu berufenden Mitglieder des Kabinetts und die Ernennung wichtiger Führungskräfte für das Weiße Haus zusammengestellt haben.

Für das Kabinett:

Hillary Rodham Clinton ((62) als Außenministerin; James L. Jones (64) als Sicherheitsberater; Robert Gates (65) als Verteidigungsminister; Susan Rice (44) als US-Botschafterin in den Vereinten Nationen (UN) im Kabinettsrang; Eric Holder (57) als Justizminister; Janet Napolitano (60) als Heimatschutzministerin; Timothy Geithner (44) als Finanzminister; Kathleen Sebelius (60) als Gesundheitsministerin; Gary Locke (59) Handelsminister, Arne Duncan (44) als Bildungsminister; Steven Chu (60) als Energieminister; Tom Vilsack (58) als Landwirtschaftsminister; Ken Salazar (53) als Innenminister (verantwortlich für Umweltschutz, National Parks sowie für staatliches Land, auf dem Öl und Gas gefördert werden); Shaun Donovan (42) als Wohnungsbauminister; Hilda Solis (52) als Arbeitsministerin; Ray LaHood (63) als Verkehrsminister; Ronald Kirk (53) als Handelsbeauftragter; Mary Schapiro als Leiterin

der Börsenaufsicht; der pensionierte Admiral Dennis Blair (61) als Nationaler Direktor der 16 in den USA existierenden Geheimdienste; Leon E. Panetta (70) als Chef des Geheimdienstes CIA.

Das Spitzentrio zur Führung der Geheimdiensttätigkeit in den USA vervollständigte Präsident Obama am 9. Januar 2009 durch die Ernennung von John Brennan zum Topberater des Präsidenten bei der Terrorabwehr - ohne Kabinetts-Rang: Die Geheimdienstchefs "haben von mir klare Anweisungen erhalten."

Für das Weiße Haus:

Rahm Emanuel (49) als Stabschef; David Axelrod (53) als Chefberater; Lawrence Summers (53) als Direktor des Nationalen Wirtschaftsrates; Paul Volcker (81), Vorsitzender des Beirates des Economic Recovery Advisory Board; Valerie Jarrett (52) zuständig für die Pflege der Kontakte zu Institutionen und ausländischen Regierungen; Robert Gibbs (37) Kommunikationsdirektor; Austan Goolsbee (30) Wirtschaftsberater; Dr. John Holdrin als Direktor der Abteilung für Wissenschafts- und Technologiepolitik, Wissenschaftsrat; Carol Browner für die neu eingerichtete Position als Koordinatorin für Energie und Klimafragen; Peter Orszag (Haushaltexperte).

Wahlbeobachter und Wahlanalysten, Medien, wissenschaftliche und politische Institutionen sowie gesellschaftliche Gremien vor allen in den USA, aber auch in fast allen Ländern der Erde haben auf die Führungsmannschaft Obamas und deren zu erwartendes Programm ganz unterschiedlich und z. T. auch mit sich widersprechenden Positionen geantwortet und analytische Betrachtungen angestellt. Bei den meisten Stellungnahmen überwogen die bloße Wiedergabe von Fakten und solche Feststellungen, dass Obama seiner Wählerklientel entsprochen habe und diesem nunmehr eine entsprechende personelle Repräsentanz garantiere. Ausgerechnet von der rechten Seite in den USA bekommt Obama Lob für seine gewählte Führungsriege. Der unter Bush führende neokonservative Politiker Dick Cheney erklärte diese für "ziemlich gut".

Drei Beobachtungen zu den bekannt gewordenen öffentlichen Stellungnahmen:

Erstens:

Der gesamte linke Flügel der Demokratischen Partei sowie viele kritisch eingestellte Institutionen und Organisationen in den USA sind irritiert und enttäuscht. Sie bezweifeln, dass dieses Kabinett und vor allem das außen- und sicherheitspolitische Team (Clinton, Jones, Gates, Rice, Holder, Napolitano) in der Lage sein werden, die im Wahlkampf 2008 dominierende Forderung nach einem grundlegenden Wandel in der Gesamtpolitik der USA in die Praxis umzusetzen. Von Noam Chomsky, dem national und international hoch geschätzten 80jährigen linken Sprachwissenschaftler, Philosophen, Medienkritiker, Menschenrechtler und Kritiker der USA-Politik unter Bush in einer Person, stammt vom November 2008 folgende Wertung für Obama, abgegeben vor seinen Studenten am MIT: *Die Wahl von Obama muss als 'historische Wahl' eingeschätzt und gewürdigt werden. Der Wahlkampf selbst war jedoch eine reine Werbeveranstaltung für die Ware Obama mit einem Siegerpreis von 800 Millionen Dollar. Die Wahlkampfslogans 'Wandel' und 'Hoffnung' werden sich allerdings als 'bloßes Marketing' entpuppen, wenn sich keine große Reformbewegung 'von unten' bildet und um die Herbeiführung des 'Wandels' mit aller Konsequenz kämpft.*

Für Präsident Obama - so seine offizielle Begründung am 1. Dezember 2008 - sei sein neues außen- und sicherheitspolitisches Team in der Lage, eine Kehrtwende für die USA herbeizuführen, dabei die militärische Stärke mit diplomatischem Engagement zu kombinieren und so das Ansehen der USA als Führungsmacht in der Welt wiederherzustellen. Obama sagte: "Ich bin zuversichtlich, dass dies das Team ist, mit dem wir einen neuen Anfang bei Amerikas nationaler Sicherheit machen. In dieser unsicheren Welt ist die Zeit für einen Neubeginn gekommen – ein neuer Morgen für die amerikanische Führungsrolle, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu begegnen."

Dafür sei folgende neue Strategie notwendig: Alle Instrumente US-amerikanischer Macht sind miteinander zu kombinieren. Als Eckpunkte nannte Obama Militär und Diplomatie, Geheimdienste und Rechtstaatlichkeit, Wirtschaft und moralisches Vorbild. Zugleich hob Obama hervor: "Wir wollen weiterhin die stärksten Streitkräfte auf dem Planeten haben", aber dafür müssten diese "mit der Weisheit und dem Nachdruck unserer Diplomatie" verbunden eingesetzt werden. "Wir werden der Welt erneut zeigen, dass Amerika unnachgiebig seine Bürger verteidigt, stetig seine Interessen verfolgt und sich zu den Idealen bekennt, die ein Leuchtfeuer in der Welt sind: Demokratie und Gerechtigkeit."

Das sind klare Optionen für die zukünftige Politik, die für Illusionen wenig Raum lassen. Die Praxis wird der Prüfstein sein.

Zweitens:

Barack Obama hat nur fünf Frauen für die Besetzung von Kabinettsposten ausgewählt. Darüber sind viele seiner weiblichen Gefolgsleute enttäuscht. 187 Millionen US-Bürger haben sich für den 4. November 2008 in die Wahllisten eintragen lassen. Und 66 Prozent davon haben ihr Wahlrecht wahrgenommen. Von allen Wählerinnen gaben 56 Prozent ihre Stimme für Barack Obama und nur 43 Prozent für John McCain ab, so dass in der Presse festgestellt wurde: Frauen, Junge und Farbige wählten den "Wandel".

Viele kluge, selbstbewusste, eigenwillige, akademisch ausgebildete und im Berufsleben stehende, zu Kritik und Selbstkritik fähige und nicht zuletzt für eine neue Art von Politik empfängliche Frauen waren bereit, so zu handeln, wie es Hillary Clinton auf dem Nominierungsparteitag der Demokratischen Partei Ende August 2008 in Denver zugunsten der Nominierung von Barack Obama zum Präsidentschaftskandidaten der DP getan hat. Statt Siegesbewusstheit herrschte bei Obama Unsicherheit vor. Noch rechtzeitig griff Hillary Clinton in die bereits in Gang geratene Kampfabstimmung zwischen ihr und Obama ein und entzog dieser Abstimmung durch ihren Akklamationsvorschlag den Boden. Die Parteitagsdelegierten demonstrierten mit ihrem Beifall die Bereitschaft für Einheit und Geschlossenheit der Partei. Hillary Clinton erklärte: "Barack ist mein Kandidat, und er muss mein Präsident werden." Die ersten Worte Obamas am Ende des Parteitages waren: "Mit tiefer Dankbarkeit und größter Demut akzeptiere ich die Nominierung für die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten."

Alle anderen vier weiblichen Kabinettsmitglieder haben ähnliche Leistungen wie Hillary Clinton vollbracht. Susan Rice erwies sich während des gesamten Wahlkampfes 2008 als eine der engsten Vertrauten für Obama auf dem Gebiet der Außenpolitik. Man nannte sie 'Obamas außenpolitisches Gehirn' und erwartet nun, dass sie als US-Botschafterin mit Kabinettsrang als 'neue Stimme der USA bei den Vereinten Nationen' große Anerkennung findet und Vorbildliches für ihren Präsidenten leistet. Hilda Solis ist seit 2001 bereits als dreifache Aktivistin bekannt geworden, als Mitglied des US-Repräsentantenhauses, als weit anerkannte Gewerkschaftsaktivistin und schließlich als eingewanderte Frau hispanischer Herkunft, geehrt für ihren Kampf um

ökologische Gerechtigkeit. Sie wurde als künftige Arbeitsministerin von Obama bereits in der von Vizepräsident Biden geführten "Sondereinsatzkommission Mittelschicht" berufen, die sich darauf konzentrieren wird, "die Aus- und Weiterbildung amerikanischer Werktätiger zu verbessern sowie die Einkommens- und Rentensicherheit der Middle Class zu schützen". Janet Napolitano ist seit 2002 Gouverneurin des Bundesstaates Arizona. Als Ministerin für Heimatschutz wird sie einer Behörde von über 200 000 Mitarbeitern vorstehen. Als ursprünglich dritte gewählte Gouverneurin war sie die erste Frau, die aufgrund ihrer hervorragenden Leistungen wiedergewählt wurde.

Kathleen Sebelius (60) wurde ins Kabinett als Gesundheitsministerin berufen. Als Demokratin schaffte sie es, zwei Mal im konservativen US-Bundesstaat Kansas ins Gouverneursamt gewählt zu werden, trotz ihrer liberalen Positionen in der Abtreibungsfrage. Sie errang einen guten Namen als eine pragmatische Politikerin, die über Parteigrenzen hinweg, die Zusammenarbeit mit republikanischen Politikern organisieren und voranbringen kann.

Kathleen Sebelius zählt zu den langjährigen Unterstützern von Obama. Sie war für die Besetzung mehrerer Kabinettsposten einschließlich einer Vizepräsidentin vorgesehen. Der jetzige Vorschlag zur Gesundheitsministerin an der Spitze von 65 000 Mitarbeitern und einem Etat von über 700 Milliarden US-Dollar sowie zur Umsetzung einer Gesundheitsreform in ganz USA, scheint ihr direkt auf den Leib zugeschnitten zu sein. In Kansas war sie acht Jahre verantwortlich für die Überwachung der Versicherung des Bundesstaates und versuchte den Krankenversicherungsschutz auszuweiten, was ihr nur im bescheidenem Umfang gelang. Der Versuch misslang dies mit Hilfe einer erhöhten Tabaksteuer für das Gebiet des Bundesstaates durchzusetzen. Jetzt kann sie sich sogar mit einer Gesundheitsreform für die Gesamtbevölkerung der USA voll bewähren und 46 Millionen US-Bürgern zu einer Krankenversicherung verhelfen.

Schließlich hat Präsident Obama mit der Nominierung von Mary Schapiro zur Chefin der US-Börsenaufsicht SEC der heute bekannten Nachlässigkeit dieser Behörde den Kampf angesagt. Mehr noch, sollte dem Vorschlag des gegenwärtigen Finanzministers entsprochen werden, die Aufsicht über die wichtigsten Finanzgeschäfte in den USA in eine Hand zu legen, dann würde ihre künftige Behörde von noch größerer Bedeutung im Kampf gegen die akuten Wirtschafts-, Finanz- und Immobilienkrisen sein. Einige Medien bezeichneten sie bereits als "Wachhund" Obamas im Finanzsektor der USA.

Drittens:

Breite Unterstützung und Zustimmung fanden Präsident und Vizepräsident mit ihren Vorschlägen zur Bildung von Arbeitsgruppen und Beiräten der Regierungsmannschaft.

1. Bildung der ersten Sonderkommission „Mittelschicht“. An der Spitze steht Vizepräsident Joe Biden, und die Minister Arne Duncan (Bildung), Hilda Solis (Arbeit) und Kathleen Sebelius (Gesundheit) sind ihre Mitglieder.

In der New York Times wurde folgende Aufgabenstellung für die Sonderkommission wiedergegeben: "die Aus- und Weiterbildung amerikanischer Werktätiger zu verbessern sowie die Einkommens- und Rentensicherheit der Middle Class zu schützen". Die Sonderkommission soll nach Biden mit Gewerkschaftsverbänden und Unternehmerkreisen kooperieren und mit Hilfsmaßnahmen in den nächsten Jahren dafür sorgen, dass die Mittelschicht nicht länger ins Hintertreffen gerät. Präsident Obama selbst versprach: "Meine Regierung wird sich der Zukunft von Amerikas Mittelschicht und arbeitenden Familien absolut verpflichtet fühlen. Sie

werden jeden Tag unseres Lebens im Weißen Haus bestimmen. Die Task Force wird gewährleisten, dass wir dieses Versprechen nie vergessen.

Obamas Plan sieht neben umfangreichen Investitionen im Infrastrukturbereich, Steuererleichterungen für Empfänger von niedrigen und mittleren Löhnen vor. Auch die Bezugsdauer der Arbeitslosen- und Lebensmittelbeihilfen will Obama verlängern. Diesem Vorhaben kommt angesichts der sich verschärfenden Krise innenpolitisch große Bedeutung zu. Denn in den kommenden Monaten müssen Millionen Amerikaner mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes und ihrer Krankenversicherung rechnen. Außerdem drohen Lohn- und Gehaltseinbußen als Ergebnis neu vereinbarter Tariflösungen.

2. Zum Klimawandel und Umweltschutz: Die unter Präsident Bush betriebene Klima- und Umweltpolitik war auf internationaler Ebene darauf gerichtet, Vereinbarungen auf verbindliche CO₂-Emissionsgrenzen mit dem Argument zu verhindern, dass eine solche Entwicklungsrichtung erst sinnvoll sei, wenn sich auch solche große Schwellenländer wie die VR China oder Indien beteiligen würden. Und schließlich dürfte der Klimaschutz das Wirtschaftswachstum nicht beeinträchtigen.

Die Obama-Administration setzt voll auf die Schaffung einer funktionierenden Bundesgesetzgebung für Klimawandel und Umweltschutz. Sie anerkennt die bisherige Vorreiterrolle von einigen Bundesstaaten, besonders von Kalifornien. In der Obama-Administration hat sich eine starke grüne Fraktion formiert, so dass die USA gerade hinsichtlich ihres künftigen Anteils an energiebedingten CO₂-Emissionen in der Welt Anerkennung finden könnten. An der Arbeit der entsprechenden internationalen Organisationen und Institutionen sollen die USA aktiv und fördernd teilnehmen.

3. Entsprechend des gegenwärtigen Anteils ethnischer Gruppen an der Gesamtbevölkerung der USA sind in der Obama-Administration und im Weißen Haus vier Politiker afroamerikanischer Abstammung (Obama, Rice, Holder und Jarrett), zwei hispanisch-lateinamerikanischer Herkunft (Solis und Neapolitano) und zwei asiatischen Ursprungs (Chu und Geithner) vertreten. Ein solches Ergebnis wurde zum ersten Mal in der Geschichte der USA erreicht.

Am 4. November 2008 entfielen bei den Wählern afroamerikanischer Herkunft 95 Prozent der Stimmen auf Obama und nur 4 Prozent auf McCain. Bei den Hispanics bzw. Latinos entfielen 66 Prozent der Stimmen auf Obama und 31 Prozent auf McCain.

4. Aktivierung von Beraterteams und Beiräten verschiedener Art: Durch Bildung und Ingangsetzung mehrerer Beraterteams, spezieller Kabinette und einiger Beiräte verschiedener Art erhöht die Obama-Administration die Effektivität ihres Wirkens. Vertreter fast aller Bevölkerungsschichten können auf diese Weise in die Machtausübung einbezogen werden. Forscher u. a. Experten aus Natur- und Geisteswissenschaften wurden zur Mitarbeit gewonnen. Auch die beiden Nobelpreisträger Steven Chu, der 1997 den Nobelpreis für die Erzeugung superkalter Atome erhalten hat, und Harold E. Varmus, der 1989 zusammen mit Michael J. Bishop den Nobelpreis für Physiologie und Medizin für die Entdeckung der zellulären Herkunft der retroviralen Onkogene erhielt, übernahmen wichtige Funktionen. Chu wird Energieminister unter Obama, und Varmus wurde einer der Co-Vorsitzenden des Rates vom Berater über Wissenschaft und Technologie im Weißen Haus. Alle Mitglieder dieser Gremien helfen, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu entdecken und praktische Lösungen aufzufinden. Entschlossenes Vorausdenken spielt eine besondere Rolle beim Auffinden von Entwick-

lungstrends für einzelne Güter, ganzer Branchen und Wissenszweige und letzten Endes für die Volkswirtschaft insgesamt.

Präsident Obama und sein Beraterteam für Wirtschaft

Noch vor ihrer Amtseinführung – im November 2008 - haben Barack Obama und Joe Biden mit den 17 Mitgliedern des ökonomischen Beraterteams über notwendige Schlussfolgerungen aus der wirtschaftlichen Gesamtlage beraten. Es waren zusammengekommen: Die Kandidaten für das Amt des Finanzministers Larry Summers, Bob Rubin und Paul Volcker, Wirtschaftsführer wie der Google-Boss Eric Schmidt und der Chef der Bank Midwest JP Morgan Chase, William Daley; dazu Politikkollegen wie Antonio Villaraigosa, der Latino Bürgermeister von Los Angeles und Jennifer Granholm, die Gouverneurin von Michigan, die an diesem Tag eine besondere Rolle als Lobbyistin der Autobranche spielen musste, der Schlüsselindustrie in ihrem Bundesstaat. Anwesend war auch der frisch ernannte Stabschef im Weißen Haus, Rahm Emanuel.

Folgende **drei Schlussfolgerungen** waren das Resultat der Beratung: Die USA brauchen *erstens* ein auf Wachstum orientiertes Sofortprogramm, *zweitens* eine Soforthilfe für die Autobranche, denn die sei "das Rückgrat von Amerikas Industrie", mit vielen von ihr abhängigen Jobs in den Zulieferbetrieben. Obama hatte das im Wahlkampf noch abgelehnt, aber jetzt befürwortete er die Notwendigkeit einer staatlichen Rettungshilfe. *Drittens* müsste die Regierung finanziell bedrohten Familien helfen, damit sie in ihren Häusern bleiben können. Wenn die noch amtierende Regierung Bush in diesen drei Richtungen nicht sofort tätig wird erklärte Obama, "dann wird es meine erste Handlung im Amt sein".

Angesichts der komplizierten wirtschaftlichen und politischen Gesamtsituation sind die USA nicht zuletzt durch die weltweite Wirtschaftskrise zur Lösung völlig neuer Herausforderungen globalen Charakters gezwungen worden. Das hat Obama veranlasst, für das Gebiet der Ökonomie mehrere Beraterteams einzusetzen.

Für die Spitzenpositionen im gegenwärtig tätigen Beraterteam für Wirtschaft wählte Obama aus: Lawrence Summers (53) als Direktor des Nationalen Wirtschaftsrates, Timothy Geithner (47) als Finanzminister und Gary Locke (59), der als Handelsminister fungiert.

Lawrence Summers war von 1991 bis 1993 Chef-Ökonom der Weltbank, danach im Kabinett von Präsident Clinton als Staatssekretär und als Finanzminister tätig. Von 2001 bis 2006 wirkte er als Präsident an der Elite-Universität Harvard. Die Berufung des neoliberalen Wirtschaftswissenschaftler Summers ist insofern verwunderlich, stammen doch von ihm auch menschenverachtende Äußerungen zu Problemen der Entwicklungsländer. So behauptete er, dass sich der Wohlstand auf der Erde mehren ließe, wenn die westlichen Industrienationen ihren Giftmüll weiter in die Länder der dritten Welt exportieren könnten, denn dort sei die Lebenserwartung der Menschen geringer und wegen der niedrigen Löhne das Leben auch weniger wert. Auseinandersetzungen mit ihm gab es auch über provokante Aussagen seinerseits zu Frauen in Naturwissenschaft und Technik.

Timothy Geithner (47) war seit 2003 Vorsitzender der New Yorker Filiale der Notenbank. Zuvor hatte er seit 1988 in drei Regierungen unter fünf Finanzministern verschiedene Funktionen ausgeübt: So war er zum Ende der Clinton-Zeit von 1999 bis 2001 Abteilungsleiter für internationale Angelegenheiten im Ministerium. Von 2001 bis 2003 war Geithner Direktor für politische Entwicklung beim Internationalen Währungsfonds. Seit September 2008 arbeitet er bei der Bekämpfung der Finanzkrise

eng mit dem damaligen Finanzminister Henry Paulson und US-Notenbankchef Ben Bernanke zusammen. Timothy Geithner wuchs in Asien auf, studierte Japanisch und Chinesisch.

Am 25. Februar 2009 wurde Gary Locke (59) von Präsident Obama als neuer US-Handelsminister nominiert. Seine politische Laufbahn begann er 1982 als Mitglied des Repräsentantenhauses des Bundesstaates Washington. 1993 wurde Locke als Landrat im King County gewählt. 1996 wurde er von der Demokratischen Partei als Kandidat für die Gouverneurswahl im Bundesstaat Washington vorgeschlagen und gewählt.

Von 1997 bis 2005 wirkte er als Gouverneur des US-Bundesstaates Washington. Er war der erste US-amerikanische Gouverneur mit chinesischer Abstammung in der Geschichte der USA. In seiner Amtszeit widmete er sich besonders der Bildungspolitik, der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung, der Verbesserung der Verkehrs- und Transportwege sowie einer Verwaltungsreform.

Seit 2005 arbeitete Gary Locke in einer Anwaltsfirma, die auf Handelsfragen mit China spezialisiert ist. Bereits als Gouverneur gehörte er mehreren US-Handelsdelegationen nach Asien an. Daher gilt der als Pragmatiker bekannte Politiker Locke als gute Besetzung für die Funktion eines Handelsministers, um die häufig dornigen Probleme bei einer weiteren Öffnung der asiatischen Märkte – allen voran China – anzugehen.

Präsident Obama und sein Kabinett für Außen- und Sicherheitspolitik

Das neue außen- und sicherheitspolitische Team hat Barack Obama in folgender Zusammensetzung berufen: Hillary Clinton (62) als Außenministerin, James L. Jones (64) als nationaler Sicherheitsberater; Robert Gates (65) als Verteidigungsminister, Susan Rice (45) als künftige Botschafterin der USA bei den Vereinten Nationen Kabinettsrang, Eric Holder (57) als Justizminister, Janet Napolitano (60) als Ministerin für Heimatschutz.

Obama stellte im Wahlkampf eine Lösung des Atomstreits mit Iran und Nordkorea sowie einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten in den Mittelpunkt seiner Pläne. Aus dem Irak will er die US-Truppen binnen 16 Monaten abziehen, verkündete aber gleichzeitig eine Verstärkung der US-Streitkräfte für Afghanistan, speziell für den Kampf gegen al-Quaida und die Taliban. Mittlerweile ist entschieden 21.000 GIs zusätzlich nach Afghanistan in Marsch zu setzen und auch die Forderungen für ein stärkeres Engagement der Verbündeten wurden dringlicher.

Im Außenpolitischen Ausschuss des Senats erklärte Hillary Clinton, bei ihrem Bestätigungsverfahren zur Außenministerin der Obama-Administration, dass sie bereit sei, an der Wiederherstellung und Erneuerung der Führungsrolle der USA in der Welt mitzuwirken, die internationale Zusammenarbeit zu verstärken und zu erweitern, die traditionellen Vertrauensbeziehungen mit Europa und speziell mit Deutschland zu vertiefen sowie alle zur Verfügung stehenden Werkzeuge, vor allem diplomatische, politische, wirtschaftliche und auch militärische, dafür einzusetzen, eine atomare Bewaffnung des Irans zu verhindern. Die Regierung Obama plant zu prüfen, ob es zu direkten Gesprächen mit Teheran kommen kann. Solche Beratungen hatte die Bush-Regierung abgelehnt. Auch in Afghanistan, der „zentralen Front im Kampf gegen den Terrorismus“, sei eine kluge Kombination aus Diplomatie, Entwicklungspolitik und militärischen Operationen notwendig.

Der Kampf gegen den Klimawandel zählt zu den neuen Prioritäten der Außen- und Sicherheitspolitik der USA. Nicht nur hier erwartet - so Clinton - die Welt "Amerikas

Führerschaft". Dabei habe künftig Diplomatie den Vorrang vor militärischen Lösungen.

Ambivalent sind die Signale von Präsident Obama und seiner Außenministerin Clinton an Moskau: 1. Die Verhandlungen über den Abbau von Nuklearsprengköpfen sowie über einen umfassenden Atomteststopp sollen wiederbelebt werden. 2. Es wird eine enge Zusammenarbeit in der arktischen Region vorgeschlagen, die in der Zukunft von großer ökologischer und energiepolitischer Bedeutung ist. Und 3. es seien Gespräche mit den Europäern über "Energiesicherheit" und über geostrategische Positionen Russlands, notwendig.

Für den Nahen Osten kündigte Hillary Clinton verstärkte Anstrengungen zur Lösung des Konfliktes zwischen Israel und den Palästinensern an: "Das Leiden palästinensischer und israelischer Zivilisten schmerzt uns." Man werde "jede Anstrengung unternehmen", um eine Friedensregelung zu unterstützen. Sie billigte Israel das Recht auf Selbstverteidigung gegen Angriffe der Hamas zu. Grundsätzlich tritt die Regierung Obama für eine "Zwei-Staaten-Lösung" ein.

Während Bush seine letzten Amtstage für einen Rundumschlag gegen Kuba nutzte, will sein Nachfolger die Beziehungen wohl vorsichtig verbessern. Brasilien hat sich angeboten, zwischen den USA und Kuba, aber auch Venezuela und Bolivien zu vermitteln. Erste Schritte, wie Erleichterungen für US-Bürger bei Reisen nach Kuba oder bei Geldüberweisungen an Verwandte könnten entsprechende Signale sein.

Es gibt viele Gründe, warum Präsident Obama so außergewöhnliche Anstrengungen unternahm, Hillary Clinton als seine Außenministerin zu gewinnen. Nach erfolgreichem Jura-Studium an der Universität in Yale und der Eheschließung mit Bill Clinton ging sie einen ungewöhnlichen Entwicklungsweg: von einer erfolgreichen Rechtsanwältin, die zwei Mal auf der Liste der 100 Top-Anwälte der USA stand, zur Ehefrau des Gouverneurs von Arkansas, zur ersten 'politischen' First Lady des Landes und schließlich zur Senatorin des Bundesstaates New York. Ihre Ernennung zur US-Außenministerin ist gleichsam eine Art Ersatz für die im Vorwahlkampf 2008 verlorene Chance zur Präsidentschaft.

Der zum Sicherheitsberater berufene ehemalige Vier-Sterne-General a. D. James L. Jones (64) gilt als ein Politiker der Mitte, der nicht in ideologischen, sondern vielmehr in pragmatischen Kategorien denkt und als Realist an die Beurteilung nationaler und internationaler sicherheitspolitischer Probleme herangeht. Nach Äußerungen von Barack Obama entspricht dieser Mann dem, was er mit Hilfe erfahrener Führungspersönlichkeiten der Welt als den neuen Morgen in der Außen- und Sicherheitspolitik der USA kreieren möchte.

Jones diente 40 Jahre lang in der Armee, war am Vietnamkrieg beteiligt, danach in verschiedenen Stäben tätig und kam 2003 an die Spitze der NATO-Militärhierarchie. Dort bestätigte er nicht nur das Vertrauen der US-Regierung, sondern erwarb sich auch den Respekt der Verbündeten. Den Krieg gegen Irak kritisierte Jones als „ungenügend vorbereitet“. Bis Dezember 2006 trug er als NATO-Oberkommandierender einen Teil der Verantwortung für den Krieg in Afghanistan. Damit liegt er auf einer Linie mit Obama, der den Einsatz in Afghanistan ausweiten will. Wie Obama fordert er - übrigens schon seit langem - die Schließung des Internierungslagers Guantanamo auf Kuba.

Über Parteigrenzen hinweg wird Jones das politische Gewicht zugetraut, das Amt des Sicherheitsberaters zu einem wirklichen Machtzentrum im Weißen Haus werden zu lassen. Seine Praxis-Kenntnis zahlreicher Konfliktherde in der Welt könnte ihm in seiner neuen Funktion von Nutzen sein.

Es bleibt abzuwarten, welche Art der Konfliktbewältigung im Weiteren von ihm und in seiner Machtstellung favorisiert wird.

Robert Gates (65) war zwei Jahre Verteidigungsminister in der Bush-Administration. Im Obama Kabinett übt er die gleiche Funktion aus, wahrscheinlich erst einmal für ein Jahr. Obama erwartet, dass im Pentagon ein neuer Wind wehen wird. Gates soll als Verteidigungsminister speziell in der Irak-Politik der USA mit einer 'neuen Mission' beauftragt werden, nämlich den Krieg durch eine erfolgreiche Machtübergabe an die irakischen Politiker zu beenden. Gates antwortete, er habe Obamas Angebot wegen "seines Sinns für persönliche Verantwortung" angenommen.

Bereits während seines Studiums verdingte sich Bob Gates als Mitarbeiter des CIA. Nach einem Abstecher zur Air Force kehrte er zum Geheimdienst zurück. 1991 wurde er Chef des CIA. Ein Jahr später ging er in die Wirtschaft. 2006 wurde Gates Verteidigungsminister. Die erneute Ernennung dürfte unter den linken Demokraten für Ärger sorgen, doch eine Mehrheit begrüßte sie. Im Ministerium gilt er als die ruhige Hand. Seine Weiterbeschäftigung ist auch deshalb möglich, weil er im Gegensatz zu seinem Vorgänger, Donald Rumsfeld, als Mann der Mitte gilt. Bereits während der Bush-Regierung hatte er von "Grenzen der militärischen Macht" gesprochen. Das war ein klarer Widerspruch zu den Aussagen von George W. Bush.

Susan Rice (45) gehört als US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen (UN) in dieses, wie Vizepräsident Joe Biden es nannte, "Erste Klasse Team". Sie erwarb sich im außenpolitischen Führungskreis der Wahlmannschaft hohe persönliche Anerkennung durch Barack Obama, der davon überzeugt ist, dass sie bei der Umsetzung des im Kollektiv erarbeiteten außenpolitischen Konzepts noch viele Erfolge erzielen wird.

Für Susan Rice wird der UN-Botschafterposten wieder in einen Kabinettsrang erhoben, was als Zeichen dafür dienen sollte, dass Obama die Beziehungen zur UN verbessern will. Als zweitjüngste UNO-Botschafterin in der Geschichte der USA soll sie nicht nur helfen, den zerrütteten Ruf Washingtons am Sitz der Vereinten Nationen zu kitten, sondern auch die UNO als ein für die Völker der Welt unverzichtbares Forum aufzurütteln und ihre "Bereitschaft zur Reform" zu wecken. Als Staatssekretärin im Außenministerium unter Präsident Clinton war sie zuständig für Afrika. In ihrer neuen Funktion wird sie sich u. a. für sehr gute bilaterale Beziehungen der USA zu den Ländern und Völkern des afrikanischen Kontinents einsetzen.

Eric Holder (57) wurde unter Barack Obama der erste schwarze Justizminister in der Geschichte der USA. Im Jahr 2004 lernten sie sich persönlich kennen und danach durch gemeinsame Aktivitäten schätzen. Der damals frisch gewählte Senator Obama und der erfolgreich in der bekannten Anwaltsfirma Covington & Burling tätige Rechtsanwalt Holder entdeckten auf Anhieb eine Menge Gemeinsamkeiten. Dank guter Leistungen und Stipendien konnten beide an der Columbia-Universität studieren. Anschließend machte der eine Karriere im Bundesstaat Illinois und der andere verdiente sich erste Sporen als stellvertretender Justizminister in der Clinton-Regierung. Beide wurden von der Führung schwarzer Eliten des Landes kritisiert, als 'nicht schwarz genug' für bestimmte Funktionen abgelehnt und mussten manche Skepsis überwinden. Sie teilen eine ähnliche Weltsicht.

Eric Holder kritisierte die Bush-Regierung scharf, weil sie das Recht missachtete und den Kampf gegen den Terror dadurch eher schwächte als stärkte. Dass er mit dem in den USA wichtigsten innenpolitischen Amt betraut wurde, überrascht Insider nicht. Er genießt das uneingeschränkte Vertrauen Obamas.

Janet Napolitano (60) ist die Heimatschutzministerin unter Obamas Präsidentschaft. Dieses Amt war nach den Anschlägen vom 11. September 2001 geschaffen worden. Es entstand eine riesige Behörde mit rund 200 000 Mitarbeitern.

Janet Napolitano war vor ihrer Ernennung als Gouverneurin des Bundesstaates Arizona tätig. Die gelernte Juristin hatte dort auch sehr erfolgreich das Justizministerium geleitet. Sie wird zum gemäßigten konservativen Flügel in der Demokratischen Partei gezählt und ist im Bundesstaat Arizona, dem Heimatstaat von Obamas Gegenkandidaten John McCain, sehr beliebt. 2003 entwickelte sie auf der Ebene ihres Bundesstaates als erste eine Strategie zur Terrorabwehr, wodurch sie sich für Obama bestens für die Funktion als Heimatschutzministerin anbot.

Diese Experten in der Außen- und Sicherheitspolitik der USA, so wird immer wieder behauptet, seien keine bloßen Jasager, sondern sie würden mit eigener Stimme im Weißen Haus die künftige Außen- und Sicherheitspolitik der USA mit bereichern helfen. Obama ist für "unterschiedliche Sichtweisen" und "lebhaftige Debatten im Weißen Haus", aber "die Entscheidungen werde dann ich als Präsident treffen".

Präsident Obamas Beraterstab für Wissenschaft und Technologie

In einer speziellen Videobotschaft "Fortschritt in Freiheit" setzte sich Obama auf den Gebieten der Klima- und Genforschung dafür ein: 1. die in der Zeit der Bush-Administration vorherrschende rigide Forschungspolitik samt Willkür und Zensur rasch, gründlich und radikal zu korrigieren, 2. an den in der Clinton Ära anzutreffenden vorbildlichen Forschungsergebnissen auf den genannten Gebieten unmittelbar anzuknüpfen, und 3. im Weißen Haus einen speziellen Bereich Wissenschaft und Technologie einzurichten.

Für die Besetzung der Führungspositionen dieses Bereiches wurden gewonnen:

Der Physiker Prof. Dr. John Holdren als Leiter dieses Bereiches und Vorsitzender von Obamas Beraterstab für Wissenschaft und Technologie. Seine wichtigsten Stationen als Wissenschaftler: 1965 Staatsexamen am MIT, 1970 Doktor für Physik an der Stanford University. Dann 20 Jahre Lehrtätigkeit an der University of California, Berkeley. Danach Professor für Umweltpolitik an der Kennedy School of Government an der Harvard University und Direktor des Science, Technology und Public Policy Program an dem School's Belfer Zentrum für Wissenschaft und Internationale Angelegenheiten. Für 'Skeptiker' des Klimawandels hat Dr. Holdren nur Verachtung übrig. Er gilt als unnachgiebiger Kämpfer in der Klimadebatte, der sich hohe Anerkennung erwarb.

Der Mediziner Prof. Dr. Harold E. Varmus ist einer der Co-Vorsitzenden vom Beraterstab für Wissenschaft und Technologie. Seit 1989 ist er Nobelpreisträger für Medizin, zusammen mit Michael J. Bishop für die Entdeckung der zellulären Herkunft der retroviralen Onkogene. 1979 erhielt er eine Professur an der Columbia Universität in New York. Von 1993 bis 1999 war er als Direktor des Nationalen Instituts für Gesundheit tätig, seit Januar 2000 als Präsident des Memorial Sloan-Kettering Cancer Center in New York City.

Der Genforscher Prof. Dr. Eric Steven Lander ist der zweite Co-Vorsitzende von Obamas Beraterstab für Wissenschaft und Technologie. In Forschung und Lehre ist er als Biologieprofessor am Massachusetts Institute of Technology in Boston tätig, zugleich als Mitglied des Whitehead Institute und Direktor des Broad Institute des MIT. National und international bekannt sind seine Forschungsergebnisse über mathematische und zelluläre Mikrobiologie sowie über die Entwicklung neuer Methoden

zur Untersuchung und Auswertung der Genome von Säugetieren und der menschlichen Variante sowie beim Studium der medizinischen Genetik.

Die Zoologin und Meeresforscherin Jane Lubchenko von der Oregon State University ergänzt durch ihre Spezialisierung auf die Genforschung das Profil ihrer Mitstreiter. Als künftige Leiterin der Nationalen Ozean- und Atmosphärenforschungsbehörde wird sie mehrere Möglichkeiten haben, ganz im Sinne der gemeinsamen Zielsetzung im Beraterteam wirksam zu werden.

Für die Besetzung des neu geschaffenen Postens als Koordinatorin für Energie und Klimafragen wurde Carol Browner gewonnen. Bekannt als 'Klimazarin', arbeitete sie zu Zeiten der Clinton-Administration als Chefin der Umweltbehörde EPA. Al Gore war ihr Mentor.

Nach frustrierenden Bush-Jahren erwarten US-Wissenschaftler einen Neuanfang speziell in der Grundlagen- und Klimaforschung. Der neue Präsident der USA ist bereit, 150 Milliarden Dollar allein in die energiesparenden Technologien zu investieren und den CO₂ Ausstoß bis zum Jahre 2050 um 80 Prozent zu reduzieren. Neben der Klimapolitik hat Barack Obama die massive Förderung von Grundlagenwissen im Auge: "Als Präsident werde ich für die Grundlagenwissenschaften in den physikalischen und den Lebenswissenschaften, in der Mathematik und in den Ingenieurwissenschaften das Budget für die kommenden zehn Jahre verdoppeln." Von den Wissenschaftsberatern des Präsidenten Obama werden weitreichende Anregungen für die Entwicklung der Wissenschaft aber auch vorbildliche wissenschaftliche Ergebnisse erwartet.

Obamas erste Grundsatzrede vom 8. Januar 2009

In den USA sind Grundsatzreden von Präsidenten ähnlich wie die jährlich vor den gemeinsamen Tagungen der beiden Kammern des Kongresses jeweils im Januar zu erstattenden "Berichte über die Lage der Nation" dem amtierenden Präsidenten vorbehalten. Allein in außergewöhnlichen Situationen und besonders in Krisenzeiten erhalten auch designierte Präsidenten die Gelegenheit, ein solches Privileg in Anspruch zu nehmen

Offensichtlich war das im Januar 2009, vor der Vereidigung und Amtseinführung von Barack Obama der Fall.

Am 8. Januar 2009 hielt er an der George Mason-Universität in Virginia seine erste Grundsatzrede. Am Tag zuvor waren er als Präsident und Joe Biden als Vizepräsident nach Verkündung der Abstimmungsergebnisse aus den Wahlmännerversammlungen vom 15. Dezember 2008 durch den amtierenden Vizepräsidenten Dick Cheney in seiner Eigenschaft als Senatspräsident vor den Abgeordneten und Senatoren des Kongresses zum Wahlsieger erklärt worden.

In dieser ersten Grundsatzrede warnte Barack Obama vor der Möglichkeit einer langen und tiefen Rezession der Volkswirtschaft der USA: "Wir beginnen 2009 mit einer Krise, wie wir sie zu unseren Lebzeiten noch nie gesehen haben. ... Wenn wir nichts unternehmen, werden wir weiter rote Zahlen sehen, soweit das Auge reicht. ... Wenn nichts geschieht, kann diese Rezession noch Jahre andauern."

Obama äußerte die Überzeugung, dass eine solche weitere Entwicklung der Volkswirtschaft nur mit Hilfe massiver staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft verhindert werden kann. Wenn der Staat nicht konsequent handelt, drohe sich die wirtschaftliche Gesamtlage der USA weiter enorm zu verschärfen und dramatisch zu verschlechtern. Gegenüber der Presse kündigte er damals an, dass das geplante Konjunktur-

programm größer ausfallen könnte als bisher prognostiziert, an Stelle rund 800 Milliarden Dollar bis zu 1,3 Billionen Dollar.

In beiden Kammern des Kongresses gab und gibt es sowohl bei den Demokraten als auch bei den Republikanern kritische Stimmen gegen die Ausweitung der Konjunkturprogramme des Präsidenten. Ungenügende Wirkung der Steuersenkung auf die Binnennachfrage und wachsendes Haushaltsdefizit sind die Hauptargumente der Kritiker. "Ich weiß", so reagierte Obama in seiner Rede, "dass eine Skepsis gegen meinen Plan besteht. Wir werden aber darauf achten, dass Milliardenbeträge nicht hinter einem Schleier der Geheimhaltung verschwinden, sondern jeder Amerikaner im Internet beobachten kann, wo und wie das Steuergeld ausgegeben wird. Wir starten parallel dazu eine Aktion gegen die Verschwendung von Steuergeldern in nutzlosen Projekten. Es gibt aber kaum Zweifel daran, dass es Jahre dauern wird, bis das vorhandene exorbitante Defizit geschrumpft ist".

"Wir dürfen bei der Schaffung von Jobs und langfristigem Wachstum nicht allein auf den Staat setzen", so Obama, "aber nur die Regierung kann jetzt den Teufelskreis durchbrechen, der unsere Wirtschaft zu verkrüppeln droht". Mit dem Rettungspaket möchte er drei Millionen Jobs über die nächsten Jahre retten oder neu schaffen. Er plane jedoch insgesamt mehr als nur ein weiteres staatliches Arbeitsbeschaffungsprogramm. "Die Investitionen in Energieersparnis, Bildung, Gesundheitswesen und Infrastruktur würden zu Einsparungen bei den laufenden Kosten führen und Amerikas Wirtschaft wieder stark und wettbewerbsfähig machen". Der Großteil der neuen Jobs werde in der Privatwirtschaft entstehen.

Zunehmende Kritik von links an der Zusammensetzung von Obamas Regierungsmannschaft und deren politischem Konzept

Unter den über 3,5 Millionen Kleinspendern, die Obama vor allem wegen dessen Wahlkampflosungen 'für einen grundlegenden Wandel in der Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik der USA' und 'für Frieden und soziale Gerechtigkeit' unterstützten, sind viele Wählerinnen und Wähler enttäuscht über die von Obama vorgenommene Besetzung der Ministerposten seines Kabinetts. Empört und aufgebracht reagieren viele Mitglieder des linken Flügels der Demokratischen Partei angesichts der nach ihrer Meinung einseitigen politischen Ausrichtung der von ihm bevorzugten Politiker. Kein bekannter linker Politiker befindet sich darunter. Chris Bowers schrieb auf der linken Blogger-Webseite "Ich bin unglaublich frustriert." Diese Personalentscheidungen wirken auf linke Demokraten wie ein Verrat an Obamas Versprechen auf 'Wandel in der Politik und auf seine Positionen gegen die "gescheiterte" Politik des Washingtoner Establishments. In der linksgerichteten Zeitschrift "The Nation" war zu lesen: "Dies ist nicht der fundamentale Wandel. Aber jeder, der aufmerksam den Wahlkampf Obamas verfolgte, dachte, dass es um einen fundamentalen Wandel geht."

Schließlich meldeten sich viele linke Intellektuelle, sowohl Geistes- als auch Naturwissenschaftler zu Wort, um darauf aufmerksam zu machen, dass Obamas ausgewähltes Kabinett für die Außen- und Sicherheitspolitik niemals zu einem "Dream-Team" führen könne. Die darunter befindlichen "Veteranen des Kalten Krieges" und "Falken in der Politik" - so die "New York Times" - sollen offenbar der von Obama angestrebten Strategie einer 'sanften Macht' zum Durchbruch verhelfen.

Ähnlich kritische Stimmen liegen zur Besetzung des Führungstrios für die Geheimdienste der USA vor. Diese stammen vor allem aus dem Parteivolk der Demokratischen Partei, aus intellektuellen Kreisen und von einzelnen Journalisten, die sich mit

Geheimdiensten beschäftigt haben. Die drei "Ober-Spitzel der Nation" Dennis Blair, Leon Pajetta und John Brennan seien ganz offensichtlich nicht dazu befähigt, dringend notwendige Reformen in den 16 existierenden Geheimdiensten der USA in Gang zu bringen und in eine funktionierende Praxis bis zu Ende umzusetzen.

Der Politikwissenschaftler Leon Pajetta verfüge über keinerlei praktische Erfahrungen im Umgang mit der CIA, dessen Chef er auf Wunsch von Obama geworden ist. Zweifellos habe er als Topberater in Haushaltfragen unter Präsident Bill Clinton und überparteilichtiger Spitzenmanager im Weißen Haus beachtenswerte Erfolge erzielt, aber ob er das reformträchtige Erbe der "Agency" antreten und erfolgreich bewältigen kann, wird in Washington von CIA-Insidern und Kongressmitgliedern ernsthaft in Frage gestellt.

Der ehemalige Kommandeur der Pazifikflotte der USA, der Vier-Sterne-Admiral Dennis Blair, stammt aus der Chefetage des militärisch-industriellen Komplexes. Und er hat, wie Präsident Obama feststellte, "nach mehreren Jahrzehnten in Uniform die Notwendigkeit guter Aufklärung" aus erster Hand erfahren. Manche Kenner der Materie meinen, dass ein Nationaler Geheimdienstdirektor an sich überflüssig sei. Und der Journalist Allan Nairn verwies auf Grund praktischer Erfahrung darauf, dass Admiral Blair 1999 der indonesischen Armee grünes Licht für Massaker in Osttimor verschafft habe.

Der am kritischsten beurteilte 'Ober-Schlapphüter' ist der umstrittene CIA-Veteran John Brennan. Er diente von 1999 bis 2001 als Stabschef des damaligen Geheimdienstleiters George Tenet und danach als Leiter des Nationalen Zentrums für Terrorabwehr. Starke und nicht zu übergehende Proteste wurden gegen John Brennan erhoben. Es waren vor allem 200 Psychologen, die die Verteidigung der Foltermethoden des CIA und die Rechtfertigung von Verschleppungspraktiken von Gefangenen in geheime Gefängnisse durch John Brennan anprangerten. John Brennan fand trotzdem die Unterstützung von Obama. Im Nicht-Kabinetts-Rang ist ihm der Job sicher.

Noam Chomsky ist als Kritiker der US-Politik und des Neokonservatismus weltweit bekannt geworden. In den 60er Jahren, dem ersten Höhepunkt in seinem politischen Engagement, geißelte er den Vietnam-Krieg der USA als das Ergebnis systembedingter, tief in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung verwurzelter Charakteristika. Ohne jede Pause legte Noam Chomsky oft die Finger auf die Widersprüche und auf Fehler in der US-amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik gegenüber Irak, Mexiko, Kosovo und Afghanistan. Von ihm stammt auch der durch viele außen- und sicherheitspolitische Handlungen der Bush-Administration nachzuweisende Gedanke, dass Washington nach dem 11. September 2001 in den Augen eines Großteils der Weltbevölkerung als ein terroristisches System erscheinen musste.

Was Afghanistan oder Pakistan angeht, so unterscheidet sich Obama nicht von seinen Gegnern. Die Wahlkampflogos "Change" und "Hope" würden sich als bloßes Marketing entpuppen, wenn sich keine große Reformbewegung "von unten" bildet, die einen tatsächlichen Wandel in der Politik der USA erkämpft und in Zukunft dauerhaft sichert.

Als "wichtigster Intellektueller der Gegenwart" wurde Noam Chomsky einst in der "New York Times Book Review" bezeichnet. Dazu sagte er: "Das Zitat wurde von einem Verlagshaus veröffentlicht. Doch da sollte man immer genau lesen. Wenn man nämlich das Original nachschaut, dann heißt es weiter: 'Wenn dies der Fall ist, wie kann man dann solchen Unsinn über die amerikanische Außenpolitik schreiben?' Diesen Zusatz zitiert man nie. Aber um ehrlich zu sein. Gäbe es ihn nicht, würde ich glauben, ich mache etwas falsch."

Es sollte nie vergessen werden, dass es Noam Chomsky selbst war, der die außerordentliche Bedeutung des Zusatzes "Reformbewegung von unten" bewusst hervorhob. Dies entspricht der von ihm gesammelten Lebenserfahrung als linker Politiker.

Zur Zukunftsvision des Wirtschaftsnobelpreisträgers Paul Krugman über einen vollendeten "New Deal"

Der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften des Jahres 2008, Paul Krugman, versetzt uns mit seinen beiden in deutscher Übersetzung erschienenen Schriften "Der große Ausverkauf. Wie die Bush-Regierung Amerika ruiniert", erschienen im Jahr 2003, und "Nach Bush. Das Ende der Neokonservativen und die Stunde der Demokraten", erschienen im Jahr 2007, in die Lage, sowohl eine fundamentale Abrechnung mit der Politik von George W. Bush und seinen neokonservativen republikanischen Freunden zu erhalten, als auch seine Voraussagen über die Stunde der Demokraten zu erfahren.

Im Jahre 1999 vereinbarten der Herausgeber der "New York Times", Arthur Sulzberger, und der Wirtschaftsprofessor Paul Krugman zweimal pro Woche (Dienstag und Freitag) eine Kolumne zur Wirtschaftspolitik der Regierung herauszugeben. Für diese kritischen Kommentare gegen die Wirtschaftspolitik des Präsidenten George W. Bush, den er als Betrüger, Versager und Lügner anprangerte, wurde Paul Krugman als die 'einzige wirkliche Berühmtheit, die die Wirtschaftswissenschaften je hervorgebracht haben,' hervorgehoben. Die "Washington Post" sprach seinen Texten Kultcharakter zu. Und für das Monatsmagazin "Washington Monthly" war Krugman "der wichtigste politische Kolumnist in Amerika."

Präsident Bush ist nicht der einzige, den Krugman schonungslos kritisierte. Der 18 Jahre lang als Chef der US-Notenbank wirkende Alan Greenspan ist nach Krugman maßgeblich mitverantwortlich für die heute wütende Finanzkrise. Er habe nämlich mit seiner Politik des billigen Geldes zwei Blasen produziert - erst die Internet-Blase und dann die Immobilienblase, die bekanntlich eine der Ursachen für die aktuelle Wirtschaftskrise ist. Das lebende Denkmal Greenspan beginnt zu wanken. Und Paul Krugman war höchstwahrscheinlich der erste, der daran rüttelte.

Zufall war es sicherlich nicht, dass Präsident Bush und der Republikaner-Freund Greenspan die Hauptzielscheiben von Krugmans Kritik sind. Er war schließlich der Wahlkampfberater des demokratischen Präsidenten Clinton. Doch in eine bestimmte politische Ecke lässt sich Paul Krugman nicht drängen, denn immerhin vertraute auch der republikanische Präsident Reagan eine Zeit lang der Expertise Krugmans in Wirtschaftsfragen.

Offiziell erhielt Paul Krugman den Wirtschaftsnobelpreis im Jahre 2008 für seine Arbeiten auf dem Gebiet der "Neuen Ökonomischen Geographie". Seine theoretischen Erkenntnisse hätten u. a. dazu beigetragen, besser zu verstehen, warum einige Länder im internationalen Handel dominieren. Spezialisierungen und Massenproduktion ermöglichen diesen Ländern günstige Marktpositionen, niedrigere Preise und größere Vielfalt in der Produktion.

Nach Meinung von Paul Krugman ging mit dem Ende der Ära Bush mehr zu Ende als eine achtjährige Präsidentschaft. Es ist das Ende einer geschichtlichen Epoche und der neokonservativen Bewegung, welche die US-Gesellschaft über Jahrzehnte hinweg in eine Zerreißprobe getrieben hat. Und er gibt klare Hinweise, was die US-amerikanische Politik tun muss, damit die US-Gesellschaft ihre Mitte wiederfinden kann, so der Professor.

Als Paul Krugman im Jahre 2007 sein Buch "Nach Bush. Das Ende der Neokonservativen und die Stunde der Demokraten" herausgab, ließ er kein gutes Haar an der Bush-Administration, was deren wirtschaftspolitische Bilanz angeht. Die Kluft zwischen Arm und Reich sei enorm gewachsen. Trotz gesteigerter Wirtschaftsleistung und explodierender Unternehmensgewinne gehe es dem Durchschnittsamerikaner schlechter als zuvor. Er stellte fest, dass die konservative Bewegung in den USA noch das Geld auf ihrer Seite hatte, doch "Bei der Wahl von 2008 ist alles möglich, aber man kann vernünftigerweise davon ausgehen, dass Amerika im Jahr 2009 einen demokratischen Präsidenten und einen Kongress mit einer soliden demokratischen Mehrheit haben wird. Diese neue Mehrheit wird zudem ideologisch geschlossener sein als die demokratische Mehrheit der beiden ersten Amtsjahre von Bill Clinton, die eine nicht ganz geheure Allianz aus dem Norden und Konservativen aus dem Süden war.

Die Frage ist: Was soll die neue Mehrheit tun? Wenn man mich fragt, so Paul Krugman, sollte sie um des Landes willen beherzt ein liberales Programm verfolgen, indem sie das Netz der sozialen Sicherheit erweitert und die Ungleichheit verringert, mit einem Wort einen neuen New Deal." (S, 20/21)

Die Zukunftsvorstellung von Paul Krugman über das System der Sozialversicherung als das Kronjuwel der Institutionen des New Deal der 30er Jahre geht davon aus, dass ein progressives Programm dem Ziel dient, "das Werk des New Deal zu vollenden, und das hieße auch, die Sozialversicherung auszuweiten, damit vermeidbare Risiken gedeckt sind, deren Bedeutung in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen hat. ... Es würde darauf hinauslaufen, amerikanischen Bürgern jenen Schutz vor finanziellen Risiken und persönlichem Pech zu gewähren, den Bürger anderer hoch entwickelter Länder schon genießen."(S. 297) Dazu sind erhebliche Veränderungen in der staatlichen Politik erforderlich. "Mit der Einführung einer allgemeinen Krankenversicherung", so Paul Krugman, "würde man also das Vermächtnis von Franklin D. Roosevelt vollenden.... Und wenn wir es als unser Ziel betrachten, eine Mittelstandsgesellschaft aufrechtzuerhalten, kommen wir um eine garantierte Krankenversicherung nicht herum." (S. 297) Die gewonnene Präsidentenwahl 2008 durch die Demokraten, der Einzug ins Weiße Haus und die hinreichend große Mehrheit der Demokraten in beiden Kammern des Kongresses sind die notwendige Voraussetzung zur Verwirklichung des 'Progressiven Programms' "Und um eine solche Überlegenheit zu erreichen, bedarf es einer Führung, die die Gegner des progressiven Programms für ihre Obstruktionspolitik politisch büßen lässt, einer Führung, die es wie Franklin D. Roosevelt begrüßt, wenn Interessengruppen uns voller Hass daran hindern wollen, unsere Gesellschaft zu verbessern." (S. 299) Nach Paul Krugman ist die Wiederherstellung einer wirklich lebendigen, kämpferischen Demokratie das Ziel der progressiven Bewegung.

20. Januar 2009 – Bilanz und Beginn

Der 20. Januar 2009 ist in die Geschichte der USA durch die Inauguration für Präsident Barack Obama und Vizepräsident Joe Biden als ein einmaliges historisch zu bewertendes Ereignis eingegangen. Traditionsgemäß legten sie an der Westseite des Kapitol, dem Sitz von Senat und Repräsentantenhaus, wo der dritte Präsident der USA, Thomas Jefferson, im Jahr 1801 ins Amt eingeführt wurde, ihren Eid ab: "Ich gelobe feierlich, dass ich das Amt des Präsidenten/Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten getreulich verwalten und die Verfassung der Vereinigten Staaten nach besten Kräften erhalten, schützen und verteidigen will."

Beide wurden zügig in die höchsten politischen Ämter der USA eingeführt.

Die beeindruckende Eröffnungsrede des ersten schwarzen Präsidenten nach seiner Vereidigung, in der er die Hauptlinien seiner Politik und die wichtigsten Aufgaben seines Kabinetts skizzierte, verdeutlichten die von ihm angestrebten Veränderungen nach acht Jahren republikanischer Macht in Gestalt der Bush-Administration. Viele Wahlbeobachter stimmen in der Einschätzung überein, dass über 80 Prozent der US-Bürger dem neuen Präsidenten zutrauen, sein Wahlversprechen vom Wandel in der Politik wahr zu machen, d. h. in praktische Ergebnisse zugunsten der Bevölkerung umzusetzen.

Am Beginn seiner Antrittsrede zog Obama eine nüchterne Bilanz über den maroden Gesamtzustand von Wirtschaft und Gesellschaft in den USA: "Alle wissen, dass wir uns mitten in einer Krise befinden. Unsere Nation steht im Krieg gegen ein weitreichendes Netzwerk von Gewalt und Hass. Unsere Wirtschaft ist stark geschwächt, Folge von Gier und Verantwortungslosigkeit in Teilen der Gesellschaft, aber auch wegen unseres kollektiven Versagens, harte Entscheidungen zu treffen (...). Unser Gesundheitssystem ist zu teuer, unsere Schulen versagen zu oft. Und täglich gibt es neue Belege, dass unsere Art, Energie zu verbrauchen, unsere Feinde stärkt und den Planeten bedroht. (...) Weniger messbar, aber nicht weniger fundiert, ist der Vertrauensverlust in unserem Land – eine nagende Furcht, dass Amerikas Abstieg unabwendbar ist und dass die nächste Generation ihre Ansprüche senken muss."

Diese hier genannten komplexen Problemkreise versteht Präsident Obama gleichzeitig als Aufruf an das Denken und Handeln jedes Bürgers: "Unsere Herausforderungen mögen neu sein, wie auch die Wege, ihnen zu begegnen. Aber die Werte, auf denen unser Erfolg beruht – harte Arbeit und Ehrlichkeit, Mut und Fairness, Toleranz und Neugierde, Loyalität und Patriotismus – sind die alten. (...) Notwendig ist nun eine Rückkehr zu ihnen. Von uns wird eine neue Ära der Verantwortung verlangt – jeder Amerikaner muss anerkennen, dass wir Pflichten uns selbst, unserem Land und der Welt gegenüber haben, Pflichten, die wir nicht widerwillig akzeptieren, sondern gerne erfüllen, im festen Glauben, dass es nichts gibt, was uns mehr zufrieden stellt, (...) als in schwierigen Situationen unser Bestes zu geben."

(Zitiert nach DER TAGESSPIEGEL vom 21.01.2009 Seite 2)

Beginnend mit dem 21. Januar 2009, dem ersten Arbeitstag im Oval Office, dem Machtzentrum im Weißen Haus, handelte Präsident Barack Obama nach dem Grundsatz: Es gilt, etwas zu bewegen, zu gestalten und zu verändern!

So war die erste Amtshandlung, die Auflösung des US-Gefangenenlagers Guantanamo auf Kuba einzuleiten. Danach folgten das Verbot von Foltermethoden in den USA, schärfere Umweltauflagen für die Industrie und die Autobauer, das Vorantreiben des Klimaschutzes und ein Kurswechsel in der bisherigen Abtreibungspolitik sowie in der Stammzellenforschung.

Präsident Obama erörterte mit seinem Beraterteam für Wirtschaft die weiteren Vorhaben im Kampf gegen die Wirtschafts-, Finanz- und Immobilienkrise.

Er ernannte Sondergesandte des Präsidenten für den Nahen Osten sowie für Afghanistan und Pakistan.

Sein erstes Auslandsinterview gewährte er der Al Arabija mit dem Versprechen auf neue Partnerschaften mit Muslimen.

Mit Beschäftigten des Weißen Hauses besprach er neue Methoden des Regierens und die Notwendigkeit, eine neue Ära der Verantwortlichkeit aufzubauen.

Und schließlich unterschrieb er seine ersten beiden Gesetze: 1. das "Lilly Ledbetter Fair Pay Act" (Antilohndiskriminierungsgesetz) zur Wiederherstellung effektiver zivilrechtlicher Maßnahmen gegen Lohndiskriminierung. Es dient der Durchsetzung des

Prinzips "gleiches Recht für alle". 2. Das Gesetz zur besseren Krankenversicherung für Kinder aus sozial schwachen Familien. "In einer ehrbaren Gesellschaft gibt es Verpflichtungen, die nicht Gegenstand von Kompromissen und Verhandlungen sind. Die Gesundheitsvorsorge für unsere Kinder ist eine dieser Pflichten", so Präsident Obama.'

Die neue Regierung Obama, das Weiße Haus und die beiden Kammern des US-Kongresses haben begonnen, Lösungsmöglichkeiten für wichtige Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu finden und deren Umsetzung in Angriff zu nehmen.

1. Zur Wirtschaftskrise

Die Bekämpfung und schließliche Überwindung der gegenwärtig tobenden Weltwirtschaftskrise bestimmen die Agenda sämtlicher politischer Führungsgremien in den USA. Kürzlich veröffentlichte Frau Professor Carmen M. Reinhardt (53) von der Universität Maryland eine "Studie über verblüffende Parallelen zwischen der derzeitigen und früheren Krisen", die hohe Wellen schlägt. (s. Berliner Zeitung vom 17. Februar 2009, S. 10.) In ihrer Studie geht Frau Professor Reinhardt davon aus, dass sich die USA Anfang 2009 mitten in einer Krise befinden, die bei Fortschreibung der Muster früherer langfristiger Finanzkrisen erst Ende 2010 eine Hoffnung auf 'Licht am Ende des Tunnels' verspricht.

Vor dem Hintergrund fallender Immobilienpreise und einsetzender Turbulenzen auf dem US-Wohnungsimmobilienmarkt brach 2007 in den USA eine Immobilienkrise aus, die sich im Verlaufe des Jahres 2007 zu einer ausgewachsenen Finanz-Immobilien-Krise entwickelte. Viele Banken und Unternehmen erlitten Verluste in Millionenhöhe. Durch Versteigerungen, oft sogar Zwangsversteigerungen, als Resultat von Unfähigkeit, die Tilgungsraten für ihre mit Hilfe von Bankkrediten erworbenen Häuser oder Wohnungen aufbringen bzw. begleichen zu können, gelangten Millionen Bürger in den USA in Notsituationen. Millionen Rentner gingen dabei ihrer Aktien verlustig und konnten dadurch die ehemals angestrebten Aufbesserungen ihrer außerordentlich schmalen Grundrenten nicht mehr realisieren. Viele fielen in Altersarmut.

Die Mitte 2007 einsetzende Abwärtsbewegung auf dem Aktienmarkt, eine sich rasch erhöhende Erwerbslosenquote, eine enorm wachsende Staatsverschuldung, die im Jahr 2008 insgesamt 3,3 Billionen Wertverluste auf dem Immobilienmarkt sowie das Versagen von Staats- und Finanzmechanismus zur Regulierung der Volkswirtschaft führten zu einer enormen Verschärfung der Wirtschafts-, Finanz- und Immobilienkrise in den USA.

Jetzt wurden zur Bekämpfung der sich weiter ausbreitenden Krise umfassende staatliche Hilfs- und Rettungsaktionen notwendig. Die noch von der Bush-Administration unternommenen Versuche, darunter auch das Rettungspaket unter Finanzminister Poulson waren nur gegen einzelne Symptome der Krise gerichtet. Frau Professor Reinhardt schlussfolgert: "Wir sehen nichts, was auf eine Rückkehr zu normalen Mustern auf dem Kreditmarkt hindeutet. Nichts. Je mehr sich der Staat Zeit lässt einzugreifen, desto schwieriger wird es, die Dinge wieder zum Laufen zu bringen. Verzögerungen bei der Umsetzung sind extrem teuer. Das Problem wächst und schwappt in die reale Wirtschaft über. Das wäre ein ziemlich bedenklicher Ausgang."

Präsident Obama und seine neue Regierung sind davon überzeugt, dass das US-Konjunkturpaket zur völligen Beseitigung der Weltwirtschaftskrise entscheidend beitragen wird. Im Kongress nahm dieses, vom Präsidenten eingereichte Konjunkturpaket in Höhe von 825 Milliarden Dollar, drei Hürden. Die Aufteilung für die Wirtschaft

sollte folgendermaßen erfolgen: 550 Milliarden Dollar für staatliche Investitionen und 275 Milliarden Dollar für Steuererleichterungen.

Als Schwerpunkte waren geplant: 54 Milliarden Dollar für erneuerbare Energien! 102 Milliarden Dollar für Lebensmittelmarken, Krankenversicherung und Weiterbildung von Arbeitslosen! 90 Milliarden Dollar für Autobahnbau, Sanierung öffentlicher Bauten, Wasserschutz und öffentlichen Personennahverkehr, Wissenschaft! 16 Milliarden Dollar für Ausbau des Breitbandnetzes und Forschungseinrichtungen, Bildung! 142 Milliarden Dollar für die Reparatur und Modernisierung von Schulen, die Bildungsbudgets der Bundesstaaten, staatliche Studienbeihilfen und die Modernisierung von Universitäten! 111 Milliarden Dollar für eine US-weite Datenbank mit Patienteninformationen, Präventionsmaßnahmen und die staatliche Gesundheitsversicherung Medicaid.

1. Das Repräsentantenhaus stimmte Anfang Februar 2009 mit 244 zu 188 Stimmen einem Konjunkturpaket in Höhe von 819 Milliarden Dollar zu. Kein einziger Republikaner stimmte zu, wegen zu hohem Umfang und zu geringem Betrag für Steuerrückzahlungen.
2. Der Senat stimmte am 09. Februar 2009 mit 61 zu 37 Stimmen einem US-Konjunkturpaket in Höhe von 838 Milliarden Dollar zu. Lediglich drei republikanische Senatoren stimmten mit den 58 Demokraten.
3. Nunmehr standen Verhandlungen des Vermittlungsausschusses zwischen Senat und Repräsentantenhaus bevor. Überraschenderweise einigten sich die Mitglieder des Vermittlungsausschusses am 10. Februar 2009 abends auf ein US-Konjunkturpaket in Höhe von 789 Milliarden Dollar. Der Kompromiss (Kürzung von 825 auf 789 Milliarden Dollar) gelang durch Geben und Nehmen auf beiden Seiten.

Am 17. Februar 2009 unterzeichnete Präsident Barack Obama das von beiden Kammern des Kongresses beschlossene größte Konjunkturprogramm in der Geschichte der USA. Es wurde damit zum Gesetz erhoben. In einer Rundfunkansprache nannte er dieses Projekt in Höhe von 789 Milliarden Dollar einen "bedeutenden Meilenstein" auf dem Weg zur wirtschaftlichen Erholung. Dieses Konjunkturgesetz wird ein "neues Fundament für unser dauerhaftes wirtschaftliches Wachstum" legen. Er versprach, das Geld "in einer noch nie erreichten Nachprüfbarkeit, Verantwortung und Transparenz" auszugeben. Seine Regierung werde eine Internetseite einrichten, auf der die Bürger die Verwendung verfolgen und kommentieren können. Die Abstimmung im Kongress war der erste große gesetzgeberische Erfolg des Präsidenten. Er scheiterte aber mit dem Versuch, eine breite überparteiliche Mehrheit für das Gesetz zu organisieren. Die meisten Republikaner stimmten dagegen.

Präsident Obama zog am 14. April 2009 eine Zwischenbilanz zur konjunkturellen Entwicklung in den USA, d. h. rund 3 Monate nach seinem Amtsantritt. Er machte nach dem ersten Hoffnungsschimmer in der Konjunkturlage darauf aufmerksam, dass die USA noch lange nicht über dem Berg sind. Ohne Zweifel seien die Zeiten immer noch hart. Das staatliche Konjunkturprogramm habe dazu geführt, dass etwa in Schulen und bei der Polizei auf geplante Entlassungen verzichtet werden konnte. In Anspielung auf ein Bild aus der Bergpredigt verglich er die Wirtschaftslage bei seinem Amtsantritt mit einem auf Sand gebauten Haus. Die neue US-Wirtschaft, die aus der schwersten Krise seit 7 Jahrzehnten hervorgehen werde, müsse dagegen auf einem stabilen Fundament aus Stein errichtet sein: "Wir werden nicht in einem Jahr oder auch nur in vielen Jahren fertig sein." Wenn die Amerikaner nun aber "mit der harten Arbeit des Wiederaufbaus beginnen" und auch angesichts von "Enttäuschungen und Rückschlägen, die ganz sicher vor uns liegen", ausdauernd und beharrlich

blieben, dann werde es diese neue starke US-Wirtschaft geben. Obama stimmte damit die Amerikaner auf eine lange Zeit wirtschaftlicher Probleme ein.

Die Ende des ersten Quartals 2009 veröffentlichten Gewinnzahlen der City Group, der einst größten US-Bank, die inzwischen zu 36 Prozent dem Staat gehört, stärken die These, wonach die Großbanken J. P. Morgan Chase, Goldman Sachs und Wells Fargo in der Lage sind, die erhaltenen staatlichen Unterstützungen zurück zu zahlen.

2. Kriege und Konfliktherde

Gegenwärtig sind die USA besonders belastet durch den von der Bush-Administration im März 2003 begonnenen Krieg gegen den Irak. Von Anfang an war dieser Krieg in militärischer Hinsicht völlig sinnlos. Von den wahren Kriegskosten her mussten die USA bis einschließlich 2008 rund drei Billionen Dollar dafür aufwenden. Dieser Krieg beruhte bekanntlich auf falschen, von führenden neokonservativen Politikern der Bush-Ära erfundenen Prämissen. Sie dienten der Irreführung des eigenen Volkes und der Weltöffentlichkeit.

Präsident Obama ordnete an, diesen Krieg zu beenden. Verteidigungsminister Gates wurde beauftragt, seine Vorschläge für den Truppenabbau zu unterbreiten. Kurze Zeit im Amt, traf sich Obama mit dem für Irak, Afghanistan, Iran und Pakistan zuständigen US-amerikanischen Befehlshaber David Petraeus als ersten Schritt zu einem genauen Abzugsplan der amerikanischen Truppen aus dem Irak. Zugeschaltet waren die amerikanischen Generäle aus dem Irak und aus Afghanistan.

Von ebenso großer Bedeutung ist die künftige Strategie der USA gegenüber Afghanistan. Bereits in der Zeit, da Obama noch ein designierter Präsident der USA war, unterstrich er mehrfach, dass sich das Zentrum des internationalen Terrorismus vom Irak nach Afghanistan verlagert habe und deshalb die USA vor der Notwendigkeit stünden, eine Truppenverstärkung in Afghanistan zugunsten der US-Truppen im Irak vorzunehmen. Inzwischen gibt es darüber umfangreiche Diskussionen und vielseitige neue Überlegungen, vor allem unter Berücksichtigung der Tatsache, dass es sich in Afghanistan um eine internationale Problematik handelt.

Präsident Obama hat den in der Außen- und Sicherheitspolitik erfahrenen ehemaligen UN-Botschafter der USA, Richard Holbrooke, zu seinem Gesandten für Afghanistan und Pakistan ernannt. Diese Funktion gab es bisher nicht und sie ist in ihrer Wirksamkeit mit großen Erwartungen verbunden. .

Die neue US-Regierung unter Präsident Obama hat Fehler seitens der USA im Kampf um Afghanistan eingeräumt und einen Strategiewechsel angekündigt. Der Sondergesandte des Präsidenten, Richard Holbrooke, geht von einem langen Krieg gegen die Taliban aus. Die Probleme für die USA seien größer als die im Irak.

3. Zum Signal von Vizepräsident Joe Biden: "Wir wollen zuhören und kooperieren."

Mit großer Erwartung und Hoffnung wurde das Signal aus Washington aufgenommen, dass Vizepräsident Joe Biden an der Anfang Februar 2009 stattgefundenen 45. Internationalen Münchener Sicherheitskonferenz teilnahm und "Grundzüge der Außen- und Sicherheitspolitik der neuen US-Regierung unter der Präsidentschaft von Barack Obama" vorgestellt hat.

Der neue Leiter der Münchener Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, ehemaliger Botschafter der BRD in Washington und London, sah darin eine bestimmte Garantie, dass sich die Teilnehmer an einem solch "dramatischen Ereignis" sehr umfassend Einblicke in die Vorstellungswelt der neuen US-Regierung unter der Führung

von Präsident Obama zur künftigen Außen- und Sicherheitspolitik der USA verschaffen können.

Der US-Delegation zur Sicherheitskonferenz gehörten neben Vizepräsident Joe Biden als Leiter an: James Jones (Sicherheitsberater in der neuen US-Regierung), General David Petraeus (Befehlshaber der US-amerikanischen Streitkräfte im Irak, Afghanistan und Pakistan) und der Sondergesandte des Präsidenten in Afghanistan und Pakistan Richard Holbrooke.

Im Vorfeld der Sicherheitskonferenz hatte in Washington das Büro des Vizepräsidenten Biden gegenüber der Presse erklärt, dass seine Sorge und sein Bemühen um Herstellung, Ausbau, Vertiefung und Erweiterung von gegenseitig vorteilhaften Kooperations- und Partnerschaftsbeziehungen zwischen den Staaten und Völkern gerade in der Gegenwart und in nächster Zeit einen besonderen Reisegrund nach München bildet. Für die neue US-Regierung unter Präsident Barack Obama sei der Moment gekommen "zuzuhören, voneinander zu lernen und zusammenzuarbeiten". Er nahm verbal Abschied von der Politik der Alleingänge, die die Vorgängerregierung unter George W. Bush betrieben hatte: "Wir werden partnerschaftlich agieren, wann immer wir können, allein nur, wenn wir müssen." Das sei das Grundprinzip der Obama-Administration. Den europäischen Bündnispartnern bot er an, die Zerwürfnisse der Bush-Jahre hinter sich zu lassen und in eine neue Ära der Kooperation einzutreten. Breiten Raum widmete Biden der Zusammenarbeit mit Russland.

Wie ein roter Faden zog sich durch zahlreiche Diskussionsbeiträge auf der Konferenz der Zustand des Verhältnisses zu Russland. Alle Redner bestätigten, dass eine Verbesserung des Verhältnisses zu Russland von großer Bedeutung für die Zusammenarbeit in Europa sei. Eine zentrale Rolle spielte dabei die Stationierung von Komponenten der Raketenabwehr in Europa, was Russland ablehnt. Die USA hielten daran nur fest, wenn es sich als technisch sinnvoll, machbar und kosteneffizient erweisen würde. Das weitere Vorgehen soll mit den Verbündeten und mit Russland abgestimmt werden. In der Vergangenheit habe es negative Entwicklungen gegeben, aber die neue US-Regierung sei bereit, den Reset-Knopf zu drücken. Biden unterstrich, es gebe genügend Felder für Zusammenarbeit, so beim Krieg in Afghanistan, beim Vorgehen im Iran und auch beim Thema Raketenschild in Polen und Tschechien.

Als einen Schwerpunkt der US-Sicherheitspolitik bezeichnete Biden die Beendigung des Krieges in Afghanistan. Von ihren Verbündeten, besonders den europäischen, erwarten sie höhere Hilfeleistungen in unterschiedlichen Formen.

Einige Diskussionsteilnehmer stimmten der Forderung an Deutschland zu, die Leistungen bei der Aus- und Weiterbildung von Polizisten zu erhöhen. Die neue US-Regierung sieht ihre größte Aufgabe gegenwärtig darin, gemeinsame Wege zur Lösung aktueller Aufgaben zu suchen.

Probleme der Abrüstung wurden auf der Konferenz zu einem wichtigen Diskussionsgegenstand. Präsident Obama hatte auf seiner ersten Pressekonferenz nach der Amtseinführung die Bereitschaft der von ihm geführten US-Regierung hervorgehoben, sich für die Reduzierung der nuklearen Waffenarsenale der USA einzusetzen. Er forderte Russland dazu auf, es den Amerikanern gleich zu tun. Das gemeinsame Handeln gerade auf dem Gebiet der Abrüstung könne dazu beitragen, dass weltweit abgerüstet werde und diejenigen Länder, die über kein nukleares Waffenarsenal verfügen, erst gar nicht aufrüsten. Die mehrfachen positiven Reaktionen auf diese Ideen Obamas sind ermutigend. Beide markieren damit den Beginn eines Gesprächsprozesses, auf den die Völker der Welt schon lange warten.

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier widmete seinen Beitrag der Abrüstungsproblematik, griff die Bekundungen von Präsident Obama dazu auf und setzte sich in voller Übereinstimmung mit den positiven Reaktionen Russlands dafür ein, die Stagnation bei den verschiedenen Verhandlungen zu beenden. Er verwies auf die besondere Verantwortung der Atommächte, die ihre Verpflichtung zur Abrüstung nicht erfüllten. Das würden viele Staaten zum Vorwand nehmen, die von ihnen eingegangenen Verpflichtungen nicht umzusetzen. Beim KSE-Vertrag wiederholte der deutsche Außenminister seine zum Jahresende gegebene Versicherung, zum Juni ein Expertentreffen nach Berlin einzuberufen, auf dem die Möglichkeiten zur Beendigung der Blockade gesucht werden sollen.

Ungefähr zur gleichen Zeit, da Vizepräsident Joe Biden in München auftrat, absolvierte Hillary Clinton ihre erste Auslandsreise als Außenministerin. Sie besuchte nicht wie ihre Vorgänger zuerst Europa oder den Nahen Osten, sondern bevorzugte die asiatische Region. Besonders mit solchen Ländern wie Japan, China, Indien, Süd- und Nordkorea und Indonesien will die Obama-Regierung ihre Kooperationsbeziehungen auf ein neues Niveau heben. Vor der internationalen Presse betonte Außenministerin Clinton die Bereitschaft der neuen Regierung unter der Führung von Präsident Obama, ein ganzes Netzwerk aufzubauen, um wichtigen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu entsprechen und gemeinsame Lösungen dafür in Angriff nehmen zu können.

Ob und in welchem Maße es gelingen wird, den postulierten hohen Ansprüchen, nicht nur einen Macht- sondern einen Politikwechsel in den USA und in ihrer Außenpolitik zu erreichen, wird – um noch einmal Noam Chomsky zu zitieren, wesentlich von der „großen Reformbewegung von unten“, die einen tatsächlichen Wandel in der Politik der USA erkämpft und in Zukunft dauerhaft sichert“ abhängen.

*

Quellenverzeichnis:

Bücher

- Barack Obama: Hoffnung wagen. Gedanken zur Rückbesinnung auf den American Dream, Riemann Verlag München, 2007.
- Brzezinski, Zbigniew: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Beltz Quadriga, 1997.
- Stiglitz, Joseph/Bilmes, Linda: Die wahren Kosten des Krieges. Wirtschaftliche und politische Folgen des Irak-Konflikts, Pantheon Verlag, 2008.
- Krugman, Paul: Nach Bush. Das Ende der Neokonservativen und die Stunde der Demokraten, Campus Verlag, 2008.
- Krugman, Paul: Der große Ausverkauf. Wie die Bush-Regierung Amerika ruiniert, Campus Verlag, 2004.
- Clinton, Bill: Mein Leben, Econ Verlag, 2004.
- Clinton, Hillary Rodham: Gelebte Geschichte, Econ Verlag, 2003.
- Spörl, Gerhard/Hujer, Marc: Die Wiedervereinigten Staaten von Amerika. Wie die USA die Spaltung nach George W. Bush überwinden, Scherz, 2008.
- Kleber, Klaus: Amerikas Kreuzzüge. Was die Weltmacht treibt, C. Bertelsmann, 2005.
- James H. Hatfield: Das Bush Imperium. Wie George W. Bush zum Präsidenten gemacht wurde, Atlantik, 2002.
- Kitty Kelley: Der Bush-Clan. Die wahre Geschichte einer amerikanischen Dynastie, C. Bertelsmann, 2004.

- Robert von Rimscha: Die Bushs. Weltmacht als Familienerbe, Campus Verlag, 2004.
- Woodward, Bob: Bush at war. Amerika im Krieg, Deutsche Verlagsanstalt, 2003.
- Woodward, Bob: Die Macht der Verdrängung. George W. Bush, das Weiße Haus und der Irak. State of Denial, Deutsche Verlags-Anstalt, 2006.
- Kennedy, Paul: In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert, SW. Fischer Verlag, 2003.
- Thurow, Lester: Die Zukunft der Weltwirtschaft, Campus Verlag, 2004.
- Buhrow, Tom/Stamer, Sabine: Mein Amerika Dein Amerika, Rowohlt Verlag, 2007
- Gaus, Bettina: Auf der Suche nach Amerika. Begegnungen mit einem fremden Land, Eichborn, 2008.
- Der Fischer Weltalmanach: USA, Fischer Verlag, 2005.
- Der Fischer Weltalmanach 2009 Zahlen – Daten – Fakten, Fischer Verlag, 2008.

Zeitschriften

- Spiegel
- Stern
- FOCUS
- Wirtschaftswoche
- Blätter für deutsche und internationale Politik

Zeitungen

- DIE ZEIT
- DER TAGESSPIEGEL
- Berliner Morgenpost
- Neues Deutschland
- Berliner Zeitung